

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringertlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 2,50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonellzeile 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

v. Wangenheim — Dr. Schiele

Noch zwei harmlose Rapp-Butschillen.

Es ist klar — die Justiz hat in den Herren v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele drei blütenweiße Unschuldsämmer erwirkt, die absolut nichts von Hochverrat wissen, sondern die aus ehesten patriotischen Beweggründen gehandelt haben. „Dah man mir diese Sorge um die Ernährung des deutschen Volkes einmal als Hochverrat auslegen würde, das hätte ich mir nicht träumen lassen,“ erklärte treuherzig der Agrarierführer v. Wangenheim und wird ganz elegisch ob solch schwarzen Undanks. Er hat nämlich das preußische Landwirtschaftsministerium aus den Händen Rapps nur übernommen, weil ansonsten eine Hungernot zu befürchten war; denn der rote Landwirtschaftsminister Braun hatte seine Kämmer ohne Weisung im Stich gelassen, da er sich nicht wie seine Kollegen „festsetzen“ lassen wollte. Wangenheim hat dann freilich in den Tagen seiner Ministerherrlichkeit auch nichts gegen die drohende Hungernot getan — er kam nicht zum Arbeiten, weil er in der Reichskanzlei schuldlos auf das Zustandekommen des großen Koalitionskabinetts wartete, das „möglichst alle Parteien, jedenfalls die Sozialdemokraten mit umfassen sollte“. So hat er zwar an den Beratungen der Rappleute teilgenommen, die belästige keine Kabinettsitzungen gewesen sind, aber er hat sich trotzdem um die politischen Dinge gar nicht gekümmert und ist an keiner Handlung der Rappregierung beteiligt noch irgendwie dafür verantwortlich. Alles haben Rapp und Lüttich und die anderen Militärs gemacht. Sie, die man nicht hat, sind die einzigen Verantwortlichen. Wangenheim ist also noch unschuldiger als Jagow, wenn das möglich ist; denn der schneidige Traugott hat doch immerhin als kappistischer Innenminister einige Beamtenabfertigungen und -ernennungen vorgenommen, die er schon seit dem Januar 1919, als Rapp ihn für sein „durchaus legales“ Unternehmen anward, forsam vorbereitet hatte. Man muß sich auf die Junge heißen, wenn Jagow dem hohen Reichsgericht ernsthaft auseinandersetzt, daß diese Abfertigungen keinerlei politische Tendenz hatten, sondern daß die Rappregierung nur Nachmänner statt der Gewerkschaftsführer, Rechtsanwälte usw. haben wollte. Wo dieses Argument nicht paßte, da hatte Jagow Anlaß, sich gegen Nepotismus und Zurücksetzung verdorbener älterer Beamter zu wenden.

Schließlich interessant ist, daß die Jagow und Wangenheim nichts davon gewußt haben wollen, wie kräftig sich der Widerstand gegen die Rappbande im Reich regte. Der Generalstreik, der in Berlin nicht eine Zeitung herauskommen ließ, hat sie nicht aus ihrer Vertrauensseligkeit auf Rapps Stern reißen können. Die Prozessleitung und die Vertreter der Anklage sind auf diese merkwürdige und schwer zu erklärende Geschichte bisher nicht näher eingegangen. Und die Angeklagten haben natürlich allen Anlaß, den Eindruck aufrechtzuerhalten, als hätten sie bis zuletzt geglaubt, daß Rapp im Besitz der Macht, daß er die Reichsregierung war.

Die Ahnungslosigkeit und Uninteressiertheit der drei Herren in den Tagen des großen Butschillens ist ja überhaupt ein Mirakulum. Sie haben an den aufgeregten Debatten nach ihrer Versicherung nur als Zuschauer teilgenommen, und wenn sie schließlich gegen den Rücktritt Rapps waren, so nur aus Besorgnis, daß eine bolschewistische Diktatur den Bolschewismus züchten und die Entente aufbringen könnte. Der Bolschewismus ist überhaupt ein beliebtes Ablenkungsmittel und sicherlich findet dieses Argument die willigsten Ohren. Natürlich fehlen auch die Anreize auf die unsägliche revolutionäre Regierung nicht. Besonders hart ist hier der Herr Dr. Schiele, der schlankwegs die Verfassungswidrigkeit der Regierung Scheidemann-Roske bemerkt, weil die Nationalversammlung und ihre Regierung nach der Verkündung der neuen Reichsverfassung hätte abtreten müssen. Deshalb ist Lüttich nach Schiele Meinung durchaus berechtigt gewesen, Gewalt gegen diese Regierung anzuwenden. Indes verhält er nicht, vorzüglich zu betonen, daß er mit dieser Gewaltanwendung nichts zu tun gehabt habe.

Die heutige Verhandlung soll dem Verlesen von Urkunden nachwärt sein. Die interessantesten Zeugen, worunter Ludendorff, Roske und andre mehr figurieren, marschieren also noch nicht auf.

Schnitzlerische Dokumente.

In der heutigen Verhandlung des Rapp-Prozesses kamen einige Dokumente zur Verlesung, die in den Papieren des inzwischen verstorbenen Dr. Schnitzler, eines der Mitverschworenen, gefunden wurden. Eines ist ein detailliertes Aktionsprogramm für den Umsturz, das u. a. eine Rückwärtsentwicklung der Reichs- und preussischer Verfassung zu den Bestimmungen der alten Verfassungen und dergleichen mehr vorsieht, sowie sehr ins einzelne gehende Bestimmungen über die Durchführung des Umsturzes und

Sicherung des neuen Regiments enthält — Aufhebung des Versammlungsrechts, Verhinderung von Generalkonferenzen, Festsicherung republikanischer Politiker, energisches militärisches Durchgreifen usw.

Die Angeklagten wissen von diesem Programm nichts; sie erklären es für eine Privatarbeit des Herrn Schnitzler. Ein Zettel, der vom Zeugen Dr. Frohne-Magdeburg an Schnitzler gesandt worden, werin mitgeteilt, daß sich General v. d. Goltz für das Unternehmen, aber nur für militärische Aufgaben, zur Verfügung gestellt habe, wenn alle politischen und militärischen Vorbereitungen getroffen seien, kam ebenfalls zur Verlesung.

Das Unternehmen soll aber nach Frohnes Versicherung nur eine legale militärische Demonstration gewesen sein. Und der Zeuge Grabowski ist sogar überzeugt, daß es nur deshalb zur Einsetzung der Rappregierung gekommen ist, weil die Reichsregierung gesunken sei — ursprünglich habe Kapitän Ehrhardt mit seiner Brigade nur demonstrieren wollen. (Mit völliger kriegsgemäßer Ausrüstung!)

Rathenaus Rückkehr.

Berlin, 7. Dezember. (DA.) Dr. Walter Rathenau wird, wie die Bena erzählt, im Laufe des Freitag in Berlin zurück erwartet. Wir glauben auf Grund zuverlässiger Informationen zu wissen, daß bei den Londoner Besprechungen Rathenaus mit englischen Staatsmännern und Finanzleuten die Frage des Moratoriums weit mehr im Vordergrund gestanden hat, als etwa die Frage einer Kreditgewährung zur Abdeckung der fälligen Januar- und Februarzinsen.

Zur Frage des Moratoriums.

Berlin, 7. Dezember. (TU.) Die Mehrzahl der in der Moratoriumsfrage verbreiteten Nachrichten wird von ununterrichteter Berliner Seite für unzutreffend angesehen. Von seiten der Reichsregierung ist bisher lediglich ein offizieller Schritt bei einer englischen offiziellen Stelle in der Frage der Kreditgewährung getan worden; aber dieser Schritt wurde bereits vor einigen Tagen unternommen. Eine Antwort ist bisher noch nicht eingelaufen.

Steuerleistung des verschleppten Kapitals.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts regt an, das ins Ausland verschleppte Kapital zur Steuerleistung heranzuziehen. Es sei bekannt, daß die Zahl der deutschen Auslandsguthaben bis in die Goldmillarden gehe. Die Besitzer dieser Werte versteckten sich zum Teil hinter Strohmänner. Aber das Blatt fragt, ob es nicht möglich sei, diese Leute durch eine Eidesleistung dazu zu zwingen, sich über Umfang, Höhe und Gründe des Auslandguthabens auszuweisen.

Das Kriegsbeil vergraben.

Direkte Beziehungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen der deutschen Reichsbank und der Bank von England sind, wie die Volkszeitung mitteilt, die direkten Beziehungen wieder aufgenommen worden, die seit dem Kriege unterbrochen waren. Das ist das Ergebnis von Verhandlungen, die Reichsbankpräsident Havenstein vor kurzem in London geführt hat. Es ist wohl kein Zufall, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zu einem Zeitpunkt erfolge, da die Verhandlungen in London über eine englische Anleihe an Deutschland unmittelbar vor der Beendigung stehen.

Vor einer neuen Konferenz der Alliierten.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Pariser Blättern zufolge hat die englische Regierung Loucheur eingeladen, nach London zu kommen, um mit dem Schatzkanzler über die Frage der Wiedergutmachung zu sprechen. Als Gegenstand der Besprechungen wird im Temps genannt das Wiesbadener Abkommen, die nächsten deutschen Zahlungen, die Möglichkeit eines Aufschubes für die Barzahlungen. Loucheur soll mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts einen ersten Meinungsaustausch haben, der wahrscheinlich die Vorberatung zu einer Konferenz der Verbündeten sein wird. Loucheur hatte gestern eine Unterhaltung mit Briand, der danach den englischen Botschafter, den französischen Botschafter in Berlin, den italienischen und den japanischen Botschafter, sowie den Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission, Dubois, empfing.

Abgelehnter Haftentlassungsantrag.

München, 7. Dezember. Dem Geschäftsordnungsausschuß des Landtages lag ein Antrag des Abg. Nitzsch (USP.) auf Entlassung der Unabhängigen und Kommunisten Tauber, Hagemeyer, Foller, Schmidt und Eisenberger aus der Festungshaft vor. Der Antrag wurde abgelehnt.

Einbruch der Deutschnationalen in die Stinnespartei.

„Während die Deutsche Volkspartei ihre Begrenzung nach links hin verhältnismäßig leicht vornehmen kann, ist eine Abgrenzung nach rechts hin sehr schwer.“ So schrieb die Tägliche Rundschau, die die Brücke zwischen den Deutschnationalen und der Stinnespartei bildet, in ihrem Begrüßungsartikel zum Parteitag der Deutschen Volkspartei, der vor kurzer Zeit in Stuttgart tagte. Nach außen hin hatte es den Anschein, als wenn tiefgehendere Differenzen in den Reihen der Volkspartei nicht vorhanden seien. Die Regie klappte so einigermaßen und eigentliche Gegensätze machten sich nur bemerkbar durch den Vorstoß des ehemaligen sächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Kaiser, der gegen die Helfferichisierung der Stinnespartei Stellung nahm. Herr Dr. Stresemann ließ als Hauptling eine seiner großen Reden vom Stapel, die immer ein Mittelglied sind zwischen denen eines Staatsmannes, der auf den kommenden Ministerposten lauert und dem Vertreter der großkapitalistischen Partei in Deutschland. Seit den Tagen des Londoner Ultimatus steht Stresemann in einigem Gegensatz zu einem scheinbar nicht geringen Teile der Deutschen Volkspartei. Die Opposition ist bestrebt, den Kurs der Partei weiter nach rechts abzurängen, um in eine engere Interessengemeinschaft mit den Hert, Helfferich und Hugenberg zu gelangen. Auf dem Parteitag selbst schweigte man in nationalistischen Tiraden, man hatte sich eigens den „Sieger“ vom Lagerat, den Admiral Scheer, kommen lassen, um die erforderliche Stimmung zu erzeugen. Die Gegensätze zwischen dem rechten und linken Flügel der Deutschen Volkspartei sind dadurch einigermaßen überleitet worden und kamen nicht offen zum Austrag. Nichtsdestoweniger besteht ein klaffender Widerspruch zwischen den beiden Flügeln. Es wurde gemeldet, daß Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei und ihrer Fraktion im Reichstag, veranlaßt werden sollte, den Vorstoß in der Fraktion niederzuliegen, damit der frühere hessische Finanzminister Dr. Becker an seine Stelle treten könne. Dagegen wurde erklärt, daß Stresemann nicht daran denke, sich in dieser Weise beiseite schieben zu lassen, immerhin aber tauchen die Meldungen von einem Rücktritt Stresemanns von neuem auf. Die Volkszeitung berichtet in ihrer heutigen Morgennummer, es habe den Anschein, daß die Gegensätze in der Deutschen Volkspartei jetzt, nach dem Parteitag, in der Reichstagsfraktion zum Austrag gelangen sollten. Auch die Volkszeitung bestätigt, daß man Dr. Stresemann zum Rücktritt veranlassen wolle. Dazu bemerkt das Berliner Börsenorgan, eine Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch Dr. Stresemann würde auch nach außen hin mit aller Deutlichkeit zeigen, daß die Fraktion völlig unter dem Einfluß der deutschnational orientierten Gruppe stehe.

Es ist also so, wie die Tägliche Rundschau bereits vor dem Stuttgarter Parteitag schrieb, daß eine Begrenzung der Deutschen Volkspartei nach links hin leicht vorzunehmen sei, nach rechts hin aber sei dies um so schwerer, da zweifellos eine eigentliche Trennungslinie zwischen weiten Kreisen der Stinnesleute und den Männern um Helfferich nicht mehr vorhanden ist. Es scheint, als wenn Stresemann versuche, eine letzte Möglichkeit zu finden, um sich dem deutschnationalen Kurs in der eignen Partei entgegenzustellen. Man darf daher dem Zusammenritt der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit einiger Spannung entgegen schauen, da möglicherweise die Auseinandersetzungen in diesem Kreise für die Bestimmung des kommenden Kurzes der Deutschen Volkspartei wichtiger sein werden, als die Verhandlungen und die fragwürdigen Beschlüsse auf dem Parteitag zu Stuttgart.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten berichteten in ihrer Dienstagnummer folgendes:

„Die Schwerindustriellen treiben eine Art interfraktionelle Politik. Hugenberg, der früher über Krupp das Zepher schwang, sitzt bei den Deutschnationalen, Wogeler, der Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg, vertritt die Schwerindustrie in der Deutschen Volkspartei, Herr v. Siemens verbleibt, auf Wunsch der beiden vorgenannten Herren, unter den Demokraten und Generaldirektor von Homboldt vertritt die Schwerindustrie im Zentrum!“

Diese Darstellung bestätigt die Tatsache, daß in den Reihen der bestehenden Klassen ein starker politischer Konzentrationsprozeß im Gange ist. Das Aufsehensbedürfnis der Demokraten an die Stinnespartei ist offenbar. Weiße Kreise des Zentrums, vor allem der industrielle Flügel sympathisieren in starkem Maße mit der Stinnespartei und werfen dem Vertreter des linken Flügels, dem derzeitigen Reichskanzler, gehörige Knüppel zwischen die Beine. Andererseits ist zwischen Deutscher Volkspartei und den Deutschnationalen nach dem Geständnis der Täglichen Rundschau eine Trennungslinie schwer aufzufinden, so daß von einigen Eingängern abgesehen, tatsächlich die Einheitsfront der gesamten bestehenden Klasse in Deutschland faktisch schon heute hergestellt ist. Der rechte Flügel der Stinnespartei hat das Ruder in den Händen und ditiert die Politik des Deutschen Reiches, dem

Sich auch die Regierung Wirth mit ihrem rechtssozialistischen Einschlag unterwerfen muß. Trotz aller schönen Reden hat die derzeitige Regierungsfunktion vollständig versagt. Die Kapitalisten verhandeln mit den Kapitalisten, deutsches Kapital im Bunde mit dem englischen Kapital und der alleinige Zweck dieser Ausreden ist, die Sachwerte, die Besitzinteressen der deutschen Kapitalisten zu schützen.

Die Vossische Zeitung schreibt, daß durch die Rechtsentwicklung der Deutschen Volkspartei eine Koalitionsmöglichkeit mit ihr zur Unmöglichkeit würde. Jedenfalls verlangt sie, müsse die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in unabweisbarer Form aussprechen, ob der gegen Dr. Stresemann gerichtete Rechtskurs für die weitere Politik bestimmend bleiben soll. So spricht ein linksliberales bürgerliches Blatt. Demgegenüber halte man die Tatsache, daß die Rechtssozialisten in Preußen mit Volksparteikern von der reaktionärsten Färbung gemeinsam am Ministerstuhl sitzen. Dagegen halte man ferner die Tatsache, daß die Müller und Wels auf dem Württembergertag mit dem Argument hantieren gingen, die Einheit der Deutschen Volkspartei zerstören zu können, wenn die rechtssozialistische Partei ihren Kurs weiterhin nach rechts drehen werde. Die heutige Entwicklung der Stinnespartei ist eine klassische Ohrfeige in das Gesicht der Rechtssozialisten, die in Württemberg glaubten, durch eine schöne Geste die Deutsche Volkspartei, die Stinnesleute, von der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Gesichtspunkte ablenken zu können. Die Stinnesparteiliker gehen ihre Bahn, die ihnen von den Besitzinteressen vorgeschrieben ist, und es ist ein beschämendes Beispiel für die ökonomische Einsicht der Rechtssozialisten in die tatsächlichen Verhältnisse, daß sie glauben, die Stinnesleute auf den Boden einer wirtschaftlichen Verständigungspolitik herüberziehen zu können. Der Rechtssozialist Müller erklärte auf dem Württembergertag, daß Politik zu machen eine Kunst sei. Politik wird aber nicht gemacht, proletarische Politik ganz insbesondere dadurch, daß man schöne Reden schwimmt und auf dem Schachbrett der Politik die Figuren verschiebt, sondern proletarische Politik muß getragen sein von einer tiefen ökonomischen Einsicht in die Entwicklungsregeln der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Parteien. Die Rechtssozialisten sind von diesem alten marxistischen Grundsatze, der das A und O des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutet, vollkommen abgewichen und auf den Standpunkt liberaler Geschichtsmacherei zurückgekommen.

Die Frankfurter Volksstimme, ein rechtssozialistisches Oppositionsorgan, erklärt zu der bevorstehenden Einberufung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes:

Hoffentlich wird die Reichstagsfraktion endlich einmal ihre Samtpfötchenaktiviät aufgeben und nach Muster des aus langem Schlaf erwachten Borwirts endlich dafür wirken, daß die Frage der Reparation und der Heranziehung der Vermögenssubstanzen aus dem Stadium der Erwägungen herauskommt!

Es wäre nur zu wünschen, daß die Rechtssozialisten nicht nur in ihrer Reichstagsfraktion, sondern in ihrer gesamten Politik die „Samtpfötchenaktiviät“ aufgeben möchten, um sich endlich zurückzufinden auf die Basis des wissenschaftlichen Sozialismus, der als alleiniger Entwicklungsfaktor der Gesellschaft den Kampf der Klassen gegeneinander erkennt.

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

Fortsetzung der Mittwoch-Verhandlungen.

v. Jagow: Ich erfuhr dann im Laufe des Tages, daß die bisherige Regierung nach Dresden geflohen sei. Der General Raeder kam nach Berlin und erklärte seine freudige Zustimmung zu der ganzen Aktion; er wolle sie, soweit es in seinen Kräften stehe, voll und ganz unterstützen. Mit peinlichster Korrektheit habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, nur als Innenminister in Funktion zu treten. Ich glaube, ich soll ein Glied einer großen Regierungskoalition werden, die sich sehr wohl auf dem Wege der Verfassung hätte herbeiführen lassen. Ich habe deshalb dieses Amt angenommen, weil Kapp mir schon im Juni 1919 erklärt hatte: Eine Umänderung wird auf jeden Fall stattfinden, auch ohne Sie.

v. Belaragus: Und weshalb beteiligten Sie sich nun doch an der ganzen Sache. Was hatten Sie für ein Interesse daran? (Suggestive Fragestellung.)

v. Jagow: Weil mir das Wohl des Vaterlandes über alles ging. Es hätte sonst irgendein Offizier meinen Posten eingenommen, den ich allerdings besser als irgendein anderer ausführen glaubte. Deshalb, weil ich glaubte, besser ich als ein ungeeigneter, hatte ich zugehört.

v. Belaragus: Ist Ihnen denn aber gar nicht der Gedanke aufgekommen, daß Ihr Anschluß an einen neuen Gewalthaber doch etwas zu voreilig gewesen ist?

v. Jagow (ironisch): Ich erinnere nur an die Stellungnahme der gesamten Beamtenschaft im November 1918. Meine Stellung damals ist ohne weiteres in direkte Parallele zu setzen mit dem Verhalten im März 1920; ich bin von dem Gedanken ausgegangen, dem Vaterlande in jeder Lage zu helfen, nur (höhnisch und voll Abseits) ist mir die Zulage an Kapp und Wittich im März 1920 viel leichter gewesen als die damals an Ebert und Scheidemann. Als dann Kapps Stellung am 17. März unsicher wurde, rief ich auf jeden Fall, die Gewalt bis zum äußersten zu behaupten, wenn Kapp zurücktrat, glaube ich, daß dem Volkswort dann Tür und Tor geöffnet sei. (Eine wahrhaft rührende Botschaft!) Der Anschlag stellt überhaupt die ganze Aufrechterhaltung des Kappregimes als Abwehrmaßnahme gegen den Bolschewismus hin.) Ich trat deshalb den Rücktrittsgedanken, die Kapp heute, entschieden entgegen. Gegen abend sprach ich dann mit Oberst Bauer, auch er war, wie Kapp und Wittich, mit den Herren vollkommen herunter. Ich bin fest davon überzeugt, daß beide, Kapp und Wittich, am 10. März noch nicht neugierig haben, wie sich die Sachen am 13. entwickeln würden. Sie haben etwas Derartiges, wie es dann der 13. gezeigt hat, keinesfalls im Sinne gehabt. (Sollte man da nicht den Steckbrief gegen die armen Unschuldigen (Ausgerissenen) wieder zurückziehen?) Ich bin dann am 18. nach Potsdam gefahren (dann Herr Innenminister!) und erst am Sonnabend in meine Wohnung nach Berlin zurückgekehrt. Vor meiner Tür standen Kriminalbeamte. Ich entzog mich der Untersuchungsbehörde, weil ich ihre Berechtigung für mich keinesfalls anerkennen wollte und ich übrigens glaube, daß meine Gesundheit darunter leiden würde. (! Man denke an die letzte Kommunistenprozesse!) Ich bitte das Augenmerk darauf zu richten, daß die Gründe, die mich veranlaßten, der Untersuchungsbehörde aus dem Wege zu gehen, der subjektiven Beachtung wohl wert sind. (Das können Sie dem Herrn von Jagow wohl nachsagen, Herr von Belaragus?)

Nach einer kurzen Pause macht Freiherr Konrad von Wangenheim seine Ausführungen. Er ist ein älterer Mann mit weißem Haar, breite kräftige Gestalt. Er ist am 13. März abends nach Berlin gekommen und hat einen Zettel Kapps vor sich, durch den er gebeten wurde sich zu einer Vernehmung einzufinden. Er ist dann von Kapp über die ganze Lage unterrichtet worden und hat die Anforderungen von Kapp erhalten, das Amt des preussischen Landwirtschaftsministers anzunehmen; er habe dieses Amt nie ausübt. Das ganze Kapp'sche Unternehmen sei ihm wie ein großer Koalitionsversuch erschienen, und

zwar unter Hinzuziehung sozialdemokratischer Parteien (Kommunisten!). Um die politischen Vorgänge habe er sich überhaupt nicht gekümmert während seiner ganzen, zweien Amtsperiode (ei, ei, Herr Landwirtschaftsminister, das soll Ihnen einmal einer nahemachen!) Er habe das Programm der Kapp'schen letzten Jahre weiterverfolgt und erst kürzlich die Bereitwilligkeit der gelben Gewerkschaften für den Eintritt in eine Arbeitsgemeinschaft mit der Landwirtschaft erreicht.

v. Belaragus: Haben Sie sich nicht überlegt, daß das ganze Kappregiment vielleicht nur wenige Tage dauern könnte? v. Wangenheim: Nein, das habe er bestimmt nicht gedacht. Zweifellos habe alles den Anschein gehabt, daß Kapp bleiben würde.

v. Belaragus: Weshalb reichten Sie ihre Hand zu dem Unternehmen?

Die Getreidevorräte seien erschöpft gewesen, sie hätten nur noch 2 bis 4 Tage ausgereicht. Das Gespenst des Bolschewismus sei ganz nahe gewesen. (Siehe oben!) Er habe geglaubt, daß durch seinen Einfluß auf die Landwirte das Schlimmste hätte abgemindert werden können. (Nun folgte eine lange Geschichte seiner Tätigkeit als Großrentier.)

v. Belaragus (starr wütend): Sie haben sich also nicht als Ratgeber Kapps gefühlt?

Keinesfalls habe er das, antwortet v. Wangenheim verständnisvoll. Die politischen Dinge seien ihm gar nichts angegangen; er habe nur die Ernährung seiner Volksgenossen sichern wollen. Die Politik sei für ihn immer das Entscheidende gewesen, was es gibt. (!!!) Jagow wäre die Aufgabe zugefallen, Ordnung zu schaffen, ihm für die Volksernährung zu sorgen.

Dr. med. Wilhelm Schiele (Raumburg), ein kleiner Mann in mittleren Jahren; ohne Haare auf dem Kopf, glattrasiert, beginnt:

Ich fühle mich nicht schuldig, irgendwie gegen die Verfassung der deutschen Republik gehandelt zu haben. Im Gegenteil, ich wollte ihre Durchführung, die von der Nationalversammlung verhindert wurde, ich wollte die damaligen verfassungswidrigen Zustände beseitigen helfen. Ich bin nicht Mitglied der „Nationalen Vereinigung“ gewesen. Ich habe die Ehre, Kapp seit 10 Jahren zu kennen; stets bin ich mit ihm in Verbindung gewesen. Wir diskutierten sehr oft über Ernährungsprobleme. Wir beide waren überzeugt, daß ein zweiter Vorstoß der revolutionären Elemente wie am 9. November kommen würde. Wir vermuteten ganz sicher, daß das Bürgerium dann nicht so tolerant wie damals zusehen, sondern überhaupt eine Wendung eintreten würde. Ein Programm für diesen zweiten Umsturz habe ich mit Kapp durchberaten, ohne aber an dessen konkrete Durchführung von uns aus zu denken. Es sollte nur etwas da sein, um im Notfall gleich in Kraft zu treten. Das das als hochverräterische Handlung gelten soll, kann ich nicht einsehen. (Nein, nein, das ist eine ganz harmlose Gedankenleistung.) Nicht vielen (!) anderen Juristen und Ökonomen (!!) habe ich dieses Programm durchberaten. Der 13. März überraschte mich vollkommen. Die Teilnahme begann für mich am 12. In diesem Tage kam Kapp zu mir, schilderte mir die Lage und fragte mich, ob ich meine Mitwirkung zulassen wolle. Ich antwortete mit Ja und die Unterredung war zu Ende. Damit habe ich nur das getan, was viele Hunderte von Beamten in der Novemberrevolution auch getan haben. Der Erfolg der Märztag war, daß endlich einmal verfassungsmäßige Hände eingeführt wurden. Ich habe das Amt des Reichswirtschaftsministers abgelehnt, ehe man es mir übertrug. Ich bin allerdings Teilnehmer an den sogenannten „Kabinettskriegen“ gewesen, in denen Kapp vor einem engeren Kreise, einer engeren Öffentlichkeit (!) über sein Vorgehen Rechenschaft ablegte. Meine Rolle ist in diesem Kreise aber nur eine abwartende gewesen. Ich habe mich Kapp als sein alter Freund an die Seite gestellt; wie es nicht Dubiose getan haben.

v. Belaragus: Haben Sie denn nicht gesehen, daß Kapp ganz geschwindelnd vorging. Ein Diktator ist doch in der deutschen Reichsverfassung nicht vorgesehen.

Schiele: Die rechtlichen Zustände sollten durch Kapp herbeigeführt werden.

v. Belaragus: Es sollte also eine andre Regierung gebildet werden? Und von wem?

Schiele: Vom Reichspräsidenten Ebert. (!!! Hört, hört!) Ihm hätte man vielleicht die Regierungsbildung übertragen. Aber das ging mir nichts an. Ich bin weder Führer, noch Teilnehmer, sondern nur Zuschauer gewesen; mit dem Herzen natürlich bei der Kapplage. Ich bin übrigens der Überzeugung, daß Wittich hundertmal mehr Recht auf Befehlsgewalt gehabt hat, als die Volksbeauftragten vom November 1918 oder der vom Preußen Rat von Baden ernannte Volksbeauftragte Ebert.

Damit haben alle 3 Anwesenden ihre Bemerkungen und Ausführungen zur Angelegenheit gemacht. Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen und auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Sozialistenverfolgungen in Rußland.

Aus Moskau wird der Freiheit geschrieben:

„In allen größeren Städten Sowjetrußlands sind in der letzten Zeit wieder zahlreiche Genossen verhaftet worden. Hier in Moskau wurden etwa 40 bis 50 verhaftet, in Charkow 120, darunter 54 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, auch in Petersburg und Nowosibirsk sind Parteigenossen in großer Zahl verhaftet worden.“

In Petersburg und Charkow haben die bevorstehenden Neuwahlen für die Sowjets Anlaß zu diesen Verhaftungen. Nachdem alle sozialdemokratischen Kandidaten und Agitatoren eingesperrt worden waren, gelang es den Kommunisten, eine „überwältigende Mehrheit“ bei den Wahlen zu erringen, wovon dann die Kossak-Agentur die Bestätigung triumphierend in Kenntnis setzte. Hier in Moskau wurden unsere Genossen am 7. November, am Jahrestage der Revolution, verhaftet, an demselben Tage, wo die berühmte „Amnestie für die Wrangeltreue und die weißgardistischen Verschwörer“ sowie für verurteilte Spekulanten und Defraudanten proklamiert wurde! Der Erlaß über die Amnestie betonte ausdrücklich, daß sie nicht auf Mitglieder der sozialistischen Parteien angewendet werde! Unter den hier verhafteten Parteigenossen befinden sich zwei Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: Genosse J. Rubin, ein bekannter Gewerkschaftsführer, und Genosse J. Rubin, der seit 35 Jahren in der russischen revolutionären Bewegung tätig ist.

Von den hundertenden Parteigenossen, die seit fast einem Jahre in den Gefängnissen schmachten, sind jetzt einige, genau wie unter der zarischen Herrschaft, ohne Gerichtspruch auf administrativem Wege nach den entferntesten Gegenden Rußlands verbannt. So wurden neun Parteigenossen nach Turkestan verbannt, darunter Genosse A. Guttermann, der während des Krieges in Deutschland lebte und vielen deutschen Genossen bekannt ist. Drei Arbeiter aus Jurjewka im Dongebiet, die Genossen Lobanow, Tschelstajew und Chlopnow, die in einer Arbeiterversammlung als Redner auftraten, wurden nach dem Gouvernement Archangelsk verbannt. Sechzehn Mitglieder der Partei der linken Sozialrevolutionäre in Wladiwostok sind wegen „Sabotage der neuen Wirtschaftspolitik“, das heißt der Politik der Wiederherstellung des Kapitalismus, verhaftet und nach Moskau verschleppt worden.

Ein besonderes Kapitel bilden die fürchterlichen Zustände in den Gefängnissen. Namentlich die Verhältnisse in den Zuchthäusern von Drel und Wladimir, in denen zahlreiche Genossen

interniert sind, spotten jeder Beschreibung. Im Gefängnis zu Wladimir ist kürzlich eine Flecktyphusepidemie ausgebrochen. Im Zuchthaus von Drel wird auf jeden Genossen, der sich am Zellenfenster zeigt, von der Schildwache geschossen. Der Preis für diese Heldentat ist eine besondere Belohnung. Die Folge ist, daß fast jeden Tag Schießereien infolge eines „Mißverständnisses“ vorkommen. Zwei Genossen und eine Genossin sind bei solchen Gelegenheiten verwundet worden. Die Hungerration, die die Gefangenen bekommen, ist ungenießbar. Die sechzehn Genossen, die im Zuchthaus von Drel interniert sind, betrachten sich als zum Hungertod verurteilt. Im Gefängnis zu Charkow sind 46 Genossen in einer Zelle untergebracht, in der es nur 14 Betten gibt, in einer anderen Zelle schliefen sich 20 Genossen mit 4 Betten begnügen. Als Nahrung wird den Gefangenen einmal täglich eine Suppe verabreicht.

So sieht die Lage der sozialistischen Proletarier in dem bolschewistischen Paradies aus!

Die Erhöhung der indirekten Steuern.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit der Erhöhung der Kohlensteuer. Das neue Kohlensteuergesetz, das die sogenannte „verbesserte“ Kohlensteuer enthält, schreibt im allgemeinen eine Steuer von 40 Prozent des Wertes der Kohle vor. Von dem Steuerbetrage sollen Summen zur Hebung sich schlecht zentrierender Kohlenreviere verwandt werden. Nach der Regierungsvorlage soll der Finanzminister ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrats und Reichskohlenrats eine Ermäßigung oder Erhöhung der Steuerhöhe anzuordnen. Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

Der Reichsausschuß für Verbrauchssteuern befaßte sich mit der Erhöhung der Biersteuer. Die Regierung fordert eine gestaffelte Abgabe pro Hektoliter 41 bis 50 Mk. Außerdem soll den Gemeinden das Recht zuerkannt werden, eine Abgabe für Fertighier bis zu 10 Mk. für den Hektoliter zu erheben. An der Ausarbeitung über den Gehaltswert der Regierung beteiligten sich die Vertreter sämtlicher Parteien. Es wurde besonders viel über den „Nährwert“ des heutigen Bieres geredet. Als Vertreter der USB sprachen die Genossen M e h r o f f und S e n t e gegen eine Erhöhung der Steuer. Genosse H e n t e betonte, daß, wenn die Mehrheit des Reichstages eine Erhöhung der Biersteuer beschliesse, den Gemeinden ihr Anteil gesichert werden müsse. Die Finanznot der Städte sei ungeschwehlich. Ihr Ruf nach Hilfe dürfe nicht vergeblich verhallen. Genosse M e h r o f f führte aus, daß die Zahl der produzierenden Brauereibetriebe von 23 000 in der Zeit vor dem Kriege auf 7500 gesunken sei. Das sei eine Folge des Krieges und einer gewaltigen Konzentration des Kapitals. Das Brauereikapital dränge zu einer Monopolstellung und wolle die Preise diktieren. In der Arbeiterbewegung gäbe es eine starke Strömung, die ein Gesetz verlange, wonach der Verbrauch des kostbaren Brauereiertrages zu Brauzwecken verboten werden solle. Bei Beurteilung der Bierproduktion müsse allerdings berücksichtigt werden, daß sehr ernste volkswirtschaftliche Fragen mit ihr verknüpft seien. Immerhin sei es in dieser Zeit des Lebensmittelmangels notwendig, darauf hinzuwirken, daß im Jahre 1920 etwa 4 1/2 Millionen Zentner Gerstenmalz, 225 000 Zentner Weizenmalz, 68 000 Zentner Zuckerrohstoff und 30 000 Zentner Reis- und Maisgrles für Brauzwecke verwendet werden seien. Von diesen riesigen Mengen wichtiger Nahrungsmittel hätten Millionen kranker Leute pro Woche 1 Pfund seines Gerstenmehls, Weizengrüße, Graupen, Weizen- oder auch Malzextrakt erhalten können. Nachdem die Bemerkungen der öffentlichen Verwaltung für Protokoll aufgenommen seien, sei eine Entscheidung der Reichsproduktion zu ermahnen und das sei angesichts unserer traurigen Ernährungsverhältnisse gleichbedeutend mit einer Gefahr. Wenn hier und dort der Verkonsum den Schnapskonsum verdränge, so sei das gewiß ein Fortschritt. Eine Verteuerung des Bieres müsse abgelehnt werden.

Am Schluß der Sitzung lehnte der Ausschuss einen Antrag der Kommunisten, die Biersteuer aufzuheben, ab.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

Am 11. Dezember des Reichstages wurde die Generalkonferenz über die Umsatsteuer zu Ende geführt und in die Fraktionsberatung eingetreten. Trotz des schärfsten Protestes der sozialistischen Vertreter wurde ein Antrag der Reichsparteien angenommen, der für die Parazier Ausnahmemaßnahmen zugunsten einer Befreiung von der Umsatsteuer verlangte.

gegangen sein. Nunmehr teilt die Generaldirektion der Besichtigungen der Grafen Hensel von Donnersmard mit, daß die Besichtigungen der Grafen Hensel von Donnersmard nicht nur, soweit sie in Oberösterreich liegen, sondern auch diejenigen in Desterreich, Italien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Norwegen und Rumänien in das neue englandische Konföderation „Hensel von Donnersmard Deutsches Estates Ltd.“ eingebracht worden sind.

Deutsche Optionsverordnung für Oberschlesien.

Oppers, 7. Dezember. (D.) Auf eine dringende Anfrage des Landesverbandes Schlesien des Deutschen Ostbundes ist vom auswärtigen Amt in Berlin mitgeteilt worden, daß in den nächsten Tagen eine Optionsverordnung der Reichsregierung betreffs Oberschlesien ergehen wird. Polen hat diese Frage durch eine Verordnung vom 13. Juli 1920 einseitig gelöst und es bestand bisher nur die Möglichkeit, für Polen zu optieren. — Es handelt sich um das Recht der Einwohner, in dem abzutretenden Gebiet für die deutsche oder polnische Staatsangehörigkeit zu entscheiden.

Zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenze.

Berlin, 7. Dezember. (D.) Wie die „Dena“ von zuständiger Stelle erfährt, hat die Kommission zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenze, dem dringenden Wirtschaftsbedürfnis der Kreise Ratibor und Gleiwitz Rechnung tragend, die vorläufige Grenzlinie so gezogen, daß die Kleinbahn Ratibor—Rauden—Gleiwitz in ihrem ganzen Verlauf auf deutschem Gebiet bleibt.

Die Teuerung im November.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Preisindexzahl für die Lebenshaltungskosten, durch die die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung ersetzt werden, von 1146 im Oktober auf 1397 im Monat November, also um rund 22 v. H. gestiegen. Gegenüber Januar d. J. beträgt die Steigerung 48 v. H., gegenüber dem Monat November des Vorjahres 58,4 v. H. Die Indexzahl für die Lebensmittel allein ist stärker als die Gesamtlebenshaltungskosten, nämlich von 1532 im Monat Oktober auf 1914 im Monat November, also um rund 25 v. H. gestiegen. Zu dieser Steigerung tragen ausnahmslos sämtliche von der Erhebung erfassten Lebensmittel bei. Besonders stark waren im Berichtsmontat die Preisrückgänge für die von der Einfuhr abhängigen Waren, insbesondere für Getreide. Die Aufwärtsbewegung setzte sich im Berichtsmontat überall im Reich durch. Das Ausmaß der Verteuerung war auch in diesem Monat innerhalb des Reichs verschiedentlich groß.

Machtvolle Forderungen der Berliner Arbeiterchaft.

Die Arbeiter Groß-Berlins haben am vergangenen Dienstag in 28 von unsrer Partei einberufenen öffentlichen Versammlungen, die sich zu machtvollen Kundgebungen des Berliner Proletariats gestaltet haben, zur Teuerung Stellung genommen. Die Versammlungen mieden fast durchweg einen gewaltigen Andrang auf. Die Ausführungen unsrer Redner wurden überall mit rückhaltloser Zustimmung aufgenommen. Insbesondere wurde sofortige Ersetzung der Sachwerte und Einziehung der noch rückständigen Steuern gefordert.

Das englisch-irische Abkommen.

Zu den bereits gestern mitgeteilten Bedingungen, die in dem Vertrag zwischen Großbritannien und Irland enthalten sind, wird ergänzend noch folgendes berichtet: Bis eine Vereinbarung zwischen der britischen und der irischen Regierung getroffen ist, durch die der irische Freistaat seine eigene Küstenschutzverwaltung übernimmt, sollten die Verteidigung zur See Großbritannien und Irland durch die Streitkräfte des britischen Reiches übernehmen. Die irische Regierung gewährt in Friedenszeiten den britischen Streitkräften gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Flotte und der Luftschiffahrt und der Luftschiffahrt oder gespannten Beziehungen mit einer auswärtigen Macht alle Erleichterungen, die die britische Regierung verlangt. Wenn die Regierung des irischen Freistaates eine militärische Verteidigungsmacht aufstellt, soll diese zu der Militärmacht, die Großbritannien unterhalten wird, in keinem größeren Verhältnis stehen, als die Bevölkerung Irlands zu der Bevölkerung Großbritanniens. Die Häfen Großbritanniens und des irischen Freistaates stehen den beiderseitigen Schiffen offen. Wenn innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes und Ratifizierung des Abkommens dem König von beiden Häusern des Unterparlamentes eine Adresse unterbreitet wird, die sich gegen das Gesetz richtet, sollen die Vollmachten der Regierung des irischen Freistaates nicht auf Irland ausgedehnt und eine Kommission ernannt werden, um die Grenzen gemäß den Wünschen der Bevölkerung festzusetzen. Wenn keine derartige Adresse unterbreitet wird, wird das Unterparlament weiterhin seine bestehenden Befugnisse behalten, aber das Parlament und die Regierung des irischen Freistaates sollen dieselben Befugnisse in Nordirland wie in Südirland ausüben mit Bezug auf Fragen, über die das Nordparlament ausdrücklich keine Befugnisse hat. Eine weitere Klausel steht vor, daß weder das Parlament des irischen Freistaates noch das Parlament von Nordirland irgendeine Religion dotieren oder ihre freie Ausübung verhindern bzw. beschränken und daß zum Zwecke der vorläufigen Verwaltung Südirlands das unter dem Home-Rule-Gesetz geschaffene Südirparlament einberufen wird. Die Bedingungen sollen von der britischen Regierung sofort dem Parlament zur Genehmigung und von den irischen Unternehmern dem Südirparlament unterbreitet werden. Die Bedingungen werden nach ihrer Genehmigung durch Gesetz ratifiziert werden.

Die Aufnahme der Vereinbarungen.

London, 7. Dezember. Man erwartet, daß bei dem Zusammen-treten des Sinnleerparlamentes in der nächsten Woche ein schwerer Kampf mit den Sinnleerextremisten entbrennen wird. Die Haltung der Valeras erregt großes Interesse. Man nimmt jedoch an, daß die Mehrzahl der Mitglieder das Uebereinkommen unterzeichnen werden. — Aus Belfast wird gemeldet: Das Unterparlament erörterte das zwischen der britischen Regierung und den Sinnleerern getroffene Uebereinkommen während 2 1/2 Stunden. Eine weitere Zusammenkunft findet morgen statt. Eine nicht-öffentliche Sitzung der Anhänger der Regierung wird am 8. Dezember abgehalten werden. Hierauf wird die Antwort Ulsters nach London gesandt werden. Der allgemeine Eindruck in den Kreisen der Ulsterregierung ist, daß die fundamentalen Grundzüge der Vorschläge für Ulster annehmbar seien. Die englischen Blätter besprechen das Abkommen fast ausnahmslos im zustimmenden Sinne. Das britische Parlament soll nach einer neueren Meldung am Mittwoch nächster Woche zur Beratung des Vertrages zusammen-treten. — Der König hat die Freilassung aller gegenwärtig in Irland auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung internierten Personen genehmigt.

Konflikt in der chinesischen Delegation.

Washington, 7. Dezember. Drei Mitglieder der chinesischen Delegation haben infolge Uneinigkeit über die zukünftige Politik ihre Entlassung eingereicht. Die chinesischen und japanischen Delegierten haben erneut über die Rückkehr zum Staatssozialismus und des Gebietes von Kuangchow an China verhandelt. In Kreisen der chinesischen Delegation wird erklärt, daß sich diese entsprechend den Beschlüssen der Regierung in Peking vor der Konferenz zurückziehen würde, wenn die Verhandlungen mit den japanischen Delegierten über Schantung nicht zu einer den Interessen Chinas günstigen Lösung führten.

Eine österreichische Note an die Völkerver-sammlung.

Wien, 7. Dezember. (D.) Wie verlautet, wird eine österreichische Note an den Völkervertrag gesandt werden, in der zum Ausdruck kommt, daß die österreichische Regierung keine Verantwortung für die weitere Entwicklung der Lage in Desterreich mehr übernehmen könne, wenn nicht in absehbarer Zeit eine durchgreifende finanzielle Hilfe von Seiten der Entente Staaten geleistet werde.

Aufhebung der Immunität Oberleins?

Wie die Note fahne meldet, hat der Oesterreichsanwalt beim preussischen Landtag die Aufhebung der Immunität und die Genehmigung zur sofortigen Inhaftnahme des kommunistischen Abgeordneten Oberlein beantragt. Die Geschäftsordnungskommission des Landtages wird sich am Freitag mit dem Antrag beschäftigen. — Im Falle des Abgeordneten Ziegler, gegen den gleichfalls ein Antrag auf Aufhebung der Immunität vorliegt, hat der Geschäftsordnungsausschuß empfohlen, der Strafverfolgung freien Lauf zu lassen, aber eine Inhaftierung nicht zu genehmigen. Beide Fälle würden nach vor Weihnachten vom Plenum des Landtages erledigt werden.

Remd verhaftet.

W.B. meldet: Der ehemalige Schriftleiter und kommunistische Parteisekretär Alfred Remd, der wegen Hochverrats von der Staatsanwaltschaft Halle strafrechtlich gesucht wurde und auf dessen Ergreifung vom Regierungspräsidenten in Merseburg 5000 Mark Belohnung ausgesetzt waren, ist von Beamten der Abteilung I A des Polizeipräsidiums am Dienstagabend in Berlin festgenommen worden. Remd gehört zu den Führern des mittel-deutschen Aufstandes im März dieses Jahres. Nach dem militärischen März-Aufstande soll Remd zunächst ins Ausland geschickt sein. Die monatelangen Ermittlungen der Berliner Polizei haben jetzt zu seiner Verhaftung geführt.

England und Ägypten.

Nach dem jetzt veröffentlichten Schriftwechsel über die abgebrochene englisch-ägyptische Unterhandlung erklärte die ägyptische Delegation zu den englischen Vorschlägen, ihre Annahme würde die unmittelbare Entlassung des britischen Oberkommissars über das ägyptische Auswärtige Amt bedeuten. Die Ägypter erheben Einwand gegen die Bezeichnung Oberkommissar für den Vertreter Englands. Dies sei kein üblicher Titel für diplomatische Vertreter in unabhängigen Ländern. Die militärische Klausel des britischen Vertrages verurteile die größten Schwierigkeiten. Klausel 10 sehe vor, daß die britischen Truppen freien Durchzug durch Ägypten haben und an den Orten in Ägypten aufgestellt werden könnten, die von Zeit zu Zeit ebenso wie die Dauer des Aufenthalts der Truppen in diesen Orten, festgelegt werden sollen. Dieser Vorschlag verleihe Großbritannien das Recht, militärische Streitkräfte in allen Teilen des ägyptischen Gebietes zu lassen. Dies bedeute nichts anderes als die Besetzung des Landes, die jeden Gedanken an Unabhängigkeit zerstöre.

Abbau der Lebensmittelzuschüsse in Oesterreich.

Wien, 8. Dezember. (D.) Die Regierung wird am kommenden Freitag dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage über den Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse vorlegen. Diese Vorlage wird nach vor Weihnachten erledigt werden. Unter diesen Umständen wird z. B. ein Laib Brot auf 300 bis 400 Kronen kommen. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, für das erste Halbjahr 1922 den Arbeitern die Differenz auf die kommenden Lebensmittelpreise zu bezahlen.

Wahltag der Liberalen in Kanada.

London, 8. Dezember. (D.) Aus Montreal wird gemeldet, daß bei den in Kanada stattgefundenen Parlamentswahlen die Liberale Partei einen großen Sieg davongetragen habe. Sie hatte den Wahlkampf unter der Parole: „Herabsetzung der Einfuhrzölle!“ geführt. — Der Premierminister Meighen und sieben andre Mitglieder des Kabinetts wurden nicht wieder gewählt.

Vor dem Parteitag.

Eine Entschlieung Groß-Dresdens.

Der Kreisverein Groß-Dresdens der USP. nahm einstimmig nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Ritz eine nachstehende Entschlieung an:

„Die Gestaltung der politisch-ökonomischen Verhältnisse macht es der USP. zur Pflicht, grundsätzlich sozialistische Politik zu treiben. Da der Klassenkampf der vorwärtstreibende Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung ist, erwarten wir vom Leipziger Parteitag ein erneutes Bekenntnis zur Klassentampfbewegung und -taktik. Wir erstreben den Zusammenbruch des gesamten Proletariats zu einer einheitlichen Kampffront. Dies Ziel kann aber nur auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus erreicht werden. Der Parteitag der USP. in Leipzig muß daher die utopische Revolutionsmacherei von links wie die reformistische Ausgleichspolitik von rechts ablehnen.“

Gemäß unserer grundsätzlichen Auffassung fordern wir vom Parteitag eine klare, eindeutige Stellungnahme zu den Fragen der Arbeiterbildung und der Koalitionspolitik: Ablehnung des Eintritts in eine Regierung zusammen mit Bürgerlichen.“

Die USP. muß wie bisher mit aller Energie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Dazu gehört die unbedingte Abschaffung aller indirekten und Verbrauchssteuern. Vor allem zu fordern ist die Erhaltung der Sachwerte, da nur dadurch die wirkliche Heranziehung der Besitzenden zu den Lasten im Reich, Staat und Kommune verhilgt wird. Wir fordern vor allem auch den Beginn der Sozialisierung und erklären den Bestrebungen der Großindustrie, die Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe in Privatbetriebe umzuwandeln, den schärfsten Kampf.“

Die USP. Groß-Dresdens erwartet vom Leipziger Parteitag, daß er der deutschen Arbeiterklasse, wie der internationalen Arbeiterbewegung die geistigen Mittel in die Hand gibt, der Verelendung der Arbeiterchaft ein Ende zu machen und damit die abtumpfenden Wirkungen wirtschaftlicher Not zu beseitigen.“

Ferner wurde folgender Antrag angenommen: Der Parteitag lehnt sich grundsätzlich gegen eine Beteiligung an Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien aus. Der Regierungsbildung mit sozialistischen Parteien oder einer reinen Arbeiterregierung kann er nur zustimmen, wenn Garantien für wirklich sozialistisches Wirken gegeben sind.“

Der Bezirk Mittelrhein zum Parteitag.

Eine Bezirkskonferenz der USP. Mittelrhein, die sich unter anderem mit dem Parteitag beschäftigte, nahm folgende Entschlieung an:

Der Parteitag wolle beschließen: „In Erkenntnis, daß eine Regierungskoalition, an der sich neben bürgerlichen sozialistischen Parteien beteiligen, stets nur den Interessen der bestehenden Klassen nutzbar gemacht wird; in der Erkenntnis, daß eine solche Koalition den Reaktionen einen willkommenen Deckmantel bietet, unter dem sie ihre dunklen Geschäfte besorgen können;

in weiterer Erkenntnis, daß diese Koalition den sozialistischen Gedanken in den Augen der Arbeitermassen immer mehr kompromittiert,

hält die USP. an dem im Aktionsprogramm festgelegten Klassenkampfstandpunkt fest und lehnt jede Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien nach wie vor ab.

Sie ist jedoch bereit, wenn die politische Situation es erfordert, in eine Regierung einzutreten, die sich außer auf die sozialistischen Parteien, auch auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen stützt.

Der badische Parteitag.

Am 26. und 27. November tagte in Mannheim der badische Parteitag. Er war aus allen Teilen des Landes gut besucht und nahm einen musterghltigen Verlauf. Die Wahlniederlage vom 30. Oktober hat die Parteigenossen nicht etwa entmutigt, sondern allseitig wurde erklärt, daß es nunmehr erst recht Pflicht sei, eifrig für die Partei zu wirken.

Man erhöhte dann die Pflichtbeiträge für die männlichen Mitglieder von 2 Mk. auf 4 Mk. und die für die weiblichen Mitglieder von 1 Mk. auf 2 Mk. Zum Parteitag in Leipzig nahm man nach längerer Diskussion einstimmig folgende Resolution an:

„Der am 26. und 27. November in Mannheim tagende Parteitag der badischen Landesorganisation der USP. fordert vom kommenden Reichsparteitag in Leipzig

1. ein unzweideutiges Bekenntnis zum Leipziger Aktionsprogramm und zu den Beschlüssen von Halle,
 2. die Ablehnung aller Einigungsbestrebungen, die durch ein Abweichen von den oben gefassten Beschlüssen durchgeführt werden müssen,
 3. die Ablehnung aller Versuche, eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien zu propagieren oder zu treiben.“
- Als Delegierter wurde, da man allseitig auf eine Urwahl verzichtete, Genosse Hofmann-Mannheim gewählt. Zur Frauenkonferenz wird die Genossin Peutschmann entsandt.

An die Parteioorganisationen!

Anträge zum Parteitag müssen bis spätestens zum 18. Dezember beim Zentralkomitee einreichen werden, damit dieselben rechtzeitig veröffentlicht werden können.

Die Namen und Adressen der gewählten Delegierten sowie der Delegierten zur Frauenkonferenz sind bis spätestens den 27. Dezember dem Zentralkomitee mitzuteilen. Die Ausfertigung der Ausweisungspapiere erfolgt beim Zentralkomitee. Sie werden erst nach der erfolgten Anmeldung den Bezirken zugestellt.

Das Zentralkomitee der USP., Berlin C 2, Breitestr. 6/9.

Der Stand der Valuta.

Ämtliche Mittankur.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	6. 12. 21	7. 12. 21
	Mk.		
1 amerikanischer Dollar	4.12	327.02	209.04
1 englisches Pfund Sterling	20.43	931.55	859.10
100 holländische Gulden	169.00	8201.75	7492.50
100 schwedische Kronen	112.50	5489.50	5044.95
100 Schweizer Franken	81.00	4388.10	4030.95
100 französische Franken	81.00	1713.25	1585.90
100 belgische Franken	81.00	1643.35	1518.45
100 italienische Lire	81.00	974.—	908.55
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	7.48	6.58
100 tschechoslowakische Kronen	—	251.70	230.75
100 ungarische Kronen	—	27.47	25.70

Die Devisen-Schlusskurse im Freiverkehr notierten den Dollar mit 215.

Heutiger Vormittagskurs.

Vormittags 10 Uhr: 1 Dollar = 210 Mark.

Von Nah und Fern.

Die Explosionskatastrophe im Saargebiet.

Nach einer T.U.-Meldung berichtet ein Augenzeuge über die Explosion in der Dynamitfabrik Nobel u. Co. folgendes: Nach der um 11 Uhr in der Nitrokörper-Schmelze entstandenen Explosion, die von ungeheurer Gewalt war, brach in dem Fabrikgebäude ein Brand aus, dem neben dem großen Fabrikgebäude eine Reihe von Nebengebäuden zum Opfer fielen. Eine Anzahl Leichtverletzte konnte sich nach der ersten Explosion durch schnelle Flucht aus den zusammenbrechenden Häusern retten. Nach kurzer Zeit trafen die Feuerwehre, die Kranten- und Rettungsmannschaften ein, denen es gelang, das Feuer in den späteren Nachmittagsstunden Herr zu werden und so weitere Explosionen zu verhüten. Ein Wagen mit Sprengkörpern, deren Explosion von furchtbarer Tragweite gewesen wäre, konnte noch rechtzeitig aus der gefährdeten Zone entfernt werden. Die Rettungsarbeiten sind wegen der massenweise herumliegenden Trümmer außerordentlich schwierig und gehen nur langsam voran. Auch am Mittwoch früh ließ sich die Zahl der Opfer noch nicht übersehen. Man muß aber leider damit rechnen, daß von der 120 Arbeiter betragenden Belegschaft wenigstens die Hälfte tödlich verunglückt ist. Der Materialschaden ist so bedeutend, daß nach der Aussage eines Direktors der Fabrik mit dem Gedanken umgegangen wird, das Werk nicht mehr aufzubauen.

In sämtlichen umliegenden Ortschaften tragen die Gebäude Spuren der Explosion. In Saarlouis und ebenso in Bäcklingen sind zahlreiche Fenstererben durch den Luftdruck, den die Explosion im Gefolge hatte, eingedrückt worden. Zahlreiche Angehörige von Arbeitern umlagern die Unglücksstätte, um das Schicksal ihrer Ernährer besorgt.

Wassernot in Bochum.

Bochum, 8. Dezember. (D.) Die Wassernot, unter der Bochum seit einiger Zeit zu leiden hat, hat am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht. Ganz Bochum ist gänzlich ohne Wasser. Das ganze Wirtschaftsleben, vor allem aber alle Haushaltungen und auch die Krankenhäuser, leiden unter dem Wassermangel äußerst schwer. Einzelne industrielle Werke waren bereits gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. In den Haushaltungen kam kein Essen mehr gefochet werden. In den Krankenhäusern können keine Bäder mehr verabsolgt werden; kurz, es sind unerträgliche Zustände. Der Grund des gänzlischen Wassermangels ist in einem Rohrbruch im Pumpenbetrieb des städtischen Wasserwerks zu suchen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Bille, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

MODEHAUS
JORDAN & Co
LEIPZIG-PETERSSTR. 28
Leistungsfähigstes Spezialhaus für Herrenmodewaren, Handschuhe, Strümpfe

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Moderne Anzüge und Schlüpfen

in meinem eigenen Grossbetrieb in Berlin hergestellt in **Schneiderarbeit** (nicht Mädchenarbeit). — Schnitt, Sitz und Passform sind als mustergültig bekannt. Direkter Verkehr zwischen Grosshersteller und Verbraucher, daher selbst für beste Qualitäten

niedrige Preise

nur gültig für **deutsche** Staatsangehörige

Moderne Herren-Anzüge	278	348	375	480	595	690
Moderne Herren-Anzüge	790	820	950	975	bis	1250
Mod. Herren-Schlüpfen	360	490	548	590	675	750
Mod. Herren-Schlüpfen	860	950	975	1075	bis	1275
Moderne Herren-Hosen	78	89	98	123	135	143
Moderne Herren-Hosen	160	175	188	205	bis	396

Sonder-Angebot! Herren-Winter-Üstler 275.—
Herren-Anzüge 197.—
Lein. Dreil-Jacken, Hosen 62.—

Friedrich Treumann

Rosspatz 1 Leipzig Rosspatz 1
Sonntag, den 11., und 18. Dezember, von 11-6 geöffnet.

Raucht Gustav Schmidts Zigarren Leutsch Hauptstr. 87

Sächs. Schweiz-Geldlose
A 4.-K. Porto und Liste 1.40.-K.
Martin Kaufmann
Staats-Lotterie-Einnahme,
Leipzig, Windmühlenstrasse 45.

Ziehung 15., 16., 17. Dezember

Geldlotterie

des Vereins zum Schutze
der Sächsischen Schweiz.
Haupt-
vertrieb: **Ad. Müller & Co.**
Leipzig, Brühl 10/12
Nur 100000 Lose
155 Gewinne und 1 Prämie
auf **120000 Mk.**
Höchstg. **50000 Mk.**
L.ünst. F. **30000 Mk.**
Prämie **20000 Mk.**
Haupt-
gewinn **10000 Mk.**

Lose zu 4.— Mark
Postgeld u. Liste 1.40 Mk.
extra bei den Staatslott-
Einnahmen und den durch
Plakaten kenntl. Geschäft.*

Weinbrand-

Verchnitt, 1/2 Liter 39.— K
Jamaica-Rum
Vericht., vorz., 1/2 Lit 52.— K
empf. in anerkannt gut. Qual.
L. O. Kaspar Nachfolger
E. Plagwitz, Bismarckstr. 30

**Zimmer noch die
billig. Plauener Gardinen**
Rein Baden
Bismarckstr. 3. pt. 1., am Floßplatz.



Weisses Weizenmehl 4.90

Pfund 5.00, bei 10 Pfund Pfund 4.90
Corinthen Pfund 20.00
Rosinen Pfund 22.00
Sultaninen Pfund 30.00
Mandlersatz süss Pfund 24.00
Kokosnuss geraspelt Pfund 24.00

Vollmilch 8.75

ungezuckert 1-Pfund-Dose
Würstchen (Wiener Art) . . Dose ca. 12 Stück 8.50
Leberwurst 2-Pfund-Dose 11.00
Risotto Reis mit Tomaten 2-Pfund-Dose 4.40

Für den Weihnachtstisch!

Praktische Geschenke

In allen Abteilungen wie
Lederwaren * Parfümerien
Haarschmuck * Nickelwaren
Wäsche * Schürzen * Korsetts
Pelzwaren * Handarbeiten
Herren-Krawatten
Taschentücher

Spielwaren

Zutterkartoffeln

etwas angebraten, zu ver-
laufen bei
Leopold Fricke
2. Lindenau, Wielandstr. 13
Tel. 43 483.

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihren Bedarf bei
mir decken. Neue u. getragene
Kleidg.-u. Wäscheartikel
für Herren, Damen
und Kinder, sowie
Möbel aller Art
ipottbillig

Rohs Fnd., Obermanns-
str. 4 Tel. 41757
Beacht. Sie bitte m. Schaulenler.

Tapeten Rolle 1.50 an
Vorte Meter von 10 Wg. an
Puppenstuhltapeten m 25 an
Wachstuche 1 Met. 45.—
breit
Dominostiel 1.—
100 Neulohr, m. Umhöl. 6.—
Günstige Einkaufsquelle
für Tombolen.

Rich. Körner
Elisenstraße 54
Ecke Körnerstraße
Kein Laden!

Bandwurm m. Kopf
u. andere
Würmer
entfernt
ohne Hungerkur
C. Blase, Leipzig II, Promenade-
str. 22

Haut-, Geschlechts-
u. Darmleid., vorz. neuro. Schwäche
behand. **Dr. med. Oeri**, nicht
approbiert. Vital. naturw.
Spezialf. d. Kelosia, Kuppelstr. 5.
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

In unserem Verlage erschien:
Gerhart Seger
Kunst und Historischer Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung
Preis Mark 2.—

Bestellungen nehmen Austräger und
Filialen der Volkszeitung entgegen
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
Abteilung Buchhandlung, Fauchaer Straße 19/21

en gros en detail



Holzschuh- und Pantoffelfabrik
Reif & Dorn, Teleph 19834
Spezialität: **Echt Leder-**
schneiderschuhe m. Holzsohle
Holzschuh-Beschölung
Holzschuh- und Pantoffelherz
Beste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer
Verkauf- und Annahmestellen:
Hauptgeschäft:
Stötteritz, Wasserturmstr. 11
Zweigstell.: Mölkau, Str. 33
und Sell., Wurzngr. Str. 43.

Auslandware.
Savanna (Feinschnitt)
Nettopreis zum alten Preis
so lange Vorrat reicht
100 Gramm 6.— K.
1 Pfund 30.— K.
Zigarrenhaus A. Liebig
Ritzstraße 83
an der Eisenbahnstraße.

Marth-Galerie
Stand 37
Gr. Rindfleisch 11-12 Nr.
Gebäude 12 Nr.

Backwaren
1a Weizenmehl Pfd 5.20
bei 10 Pfd. 4.90
Sultanin 32.—
Großrosinen 24.—
Mandeln, süß 42.—
Mandeln, bitter 38.—
Korinthen 18.—
Mandlersatz, bitter 24.—
Mandlersatz, süß 24.—
1a bayr. Schmelz-
margarine Pfd. 36.—
A. Kriegerl Nr. 2, Tiefieb. Str. 70

Rein. amerik. Schweineschmalz

blütenweiß, Pfd. 29.80, von 5 Pfd. ab Nr. 29.50
Feinste Tafelmargarine Pfd. ab Nr. 31.00
Prima Kunsthonig Wafel Nr. 5.50
Alle anderen Lebensmittel zu billigen Preisen.
Henhey (Henrich & Heyne) Blücherstr. 10, Hotel Nord

Leser der Volkszeitung

besieht Euch bei Einkäufen auf
die Inkartate in Eurer Zeitung.

Die Wasch- und Plättgewerbetreibenden

von Leipzig und Umgegend
sehen sich zu ihrem Bedauern gezwungen, infolge
der Steigerung aller ihrer Bedarfsartikel und Materialen
als Koks, Strom, Stärke, Borax, Seife usw. um 60%
und mehr sowie der Löhne um 50% auch ihrerseits die
Preise ab 1. Dez. um 50% zu erhöhen
Wir bitten unsere werte Kundschaft, hiervon
wohlwollend Kenntnis zu nehmen

Aufruf!

Männer u. Frauen Leipzigs u. Umgebung
jetzt ist es Zeit, ihre **alten künstlichen**
Zähne und Gebisse
gut zu verwerten.
Kaufe selbige täglich von 9 bis 6 Uhr.
G. Jentsch Nachf., Goldwarenfabrik
Katharinenstraße 2 (Hof rechts).

Zigaretten

ohne Wdtd. u. Gold-Wdtd.
300 Stück nur 340 Mt.
solange Vorrat reicht, bei
Zigaretten-Götsch
Leipzig, Elfenstraße 17, pt.

Schönefelder Fettzentrale

Stettiner Str. 108
Telephon 61728.
Billige Lebensmittel!

Bratenschmalz, vorz. Qualität, Brottaufstrich, Pfd. 28.00
Rosofett, Iole 28.00
Rosofett in Tafeln 28.00
Rindertalg Pfd. 28.00
Schmelzmargarine 32.00
Molkerbutter, 1/2 Pfd. 23.50
Corned beef Pfd. 18.00
Rindfleisch, 2-Pfd.-D. 18.00
ausgewogen Pfd. 10.00
Sammelfleisch, 1-Pfd.-D. 9.00
Leberwurst, 2-Pfd.-D. 13.00
1-Pfd.-D. 8.00
Blutwurst, 2-Pfd.-D. 13.00
Rindfleisch m. Sud, D. 11.00

Abendroths Fettzentrale Volkm., Rabel 52
Telephon 61728.

Zum Backen!!!

Pa. Korinthen, Pfd. 16 u. 17 M., Pa. Rosinen, Pfd. 24 M.
Pa. Sultaninen, Pfd. 32 M., Pa. Weizenmehl, Pfd. 5 M.
H. Speifedl — Weihnachts-Kerzen — Kaffee und Kaffee
empfiehlt billigt

H. Laging, Körnerplatz 9.

Achtung, Hausfrauen!

Feinste Schmelzmargarine 30, 1a Bodschmalz 29
Tafelmargarine . . . 28-33, 1a Speifedl . . 29
Rosofett vorzüglich zum 24, 1a Raffett . . 28
Speifedl 28-30, Blüchtleberwurst Pfd. 8 Mt.
Weizenmehl 65% 5.25, bei 10 Pfd. 5 Mt.

Odrichs Lebensmittelzentrale, Rabel 34.

Rote Speisemöhren

gute, frostfreie Ware, sowie sämtliche
Zutterartikel
verkauft
Leipziger Westend-Baugesellschaft
2. Lindenau, Pflüger Straße 164
— Fernsprecher 43187. —

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“
von **Karl Marchionni**. — Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Fauchaer Straße 19/21.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Urwahl der Parteitage delegierten von Groß-Leipzig.

Sonntag, den 11. Dezember, findet in Groß-Leipzig die Urwahl der Delegierten zum Parteitag der USP. statt.

Samstag, Sonnabend, abends 1/8 Uhr, im "Water Jah". Funktionärsitzung.

Kursus II (Seiffert). Die nächste Unterrichtsstunde findet Sonntag, den 11. Dezember, früh 9 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5, statt.

Die Erhöhung der Straßenbahntarife angenommen.

Das Stadtverordnetenkollegium hatte sich gestern mit der Neujustierung der Straßenbahntarife beschäftigt.

- 1. daß die Gültigkeit der Wochenkarten auch auf die Wochenfeiertage ausgedehnt wird;
2. daß die Gültigkeit der Wochenkarten ohne Nachzahlung für regelmäßige Nachtarbeiter (Cafés und Gasthausangestellte, Musiker usw.) bis 1 Uhr nachts ausgedehnt wird;
3. daß die Zuschläge für Karten mit Fahrtrakt von 9-12 Uhr abends an Wochentagen von Kriegsbeschädigten nicht erhoben werden;
4. daß Wochenkarten auch an die bedürftigen Studierenden der Hochschulen auszugeben werden.

Zusammen mit der Vorlage über die Erhöhung der Tarife wurde der Sonderhaushaltplan "Straßenbahn" nebst Erneuerungsvorlage des Haushaltsplans für 1921/22 beraten.

"Frühzeit"

Eine Proletenautobiographie.

40) Von Oskar Maria Graf. Nachdruck verboten. Weil ich immer guter Dinge war und jedem Unfah zum Lachen gab, wurde ich auch demgemäß behandelt.

ausführen zu lassen. Wenn die Angaben der Stadtk. Frau Thiel richtig seien, müsse er den Vorfall auf das schärfste verurteilen.

In der Abstimmung wurden die Anträge der Ausschüsse, die Ratsvorlage sowie der Antrag Weidert einstimmig angenommen.

Die sozialen Aufgaben der Stadt entspann sich beim Konto Jugendfürsorge, über das Fräulein Goch berichtete und über eine Rückübernahme des Rates zu den Veränderungen beim Jugendamt.

„Internationale Probleme der Arbeiterklasse.“

Ueber dieses Thema spricht am Freitag, 9. Dezember abends 7 Uhr

Gen. Rudolf Hilferding, Berlin im großen Fest-Saal des Zoo.

Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung! Werbet überall für starken Besuch dieser Versammlung!

Die Anträge der USP.

- 1. Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Durchschnittpflege für Waisenkinder den Verpflegungen anzupassen;
2. Das Kollegium erlucht den Rat, das Connewitzer Säuglings- und Waiseninnenheim zu verstaatlichen;
3. Das Kollegium erlucht den Rat, das Heim für gebrechliche Kinder in eigene Verwaltung zu übernehmen.

Genossin Thiel wies darauf hin, daß die Verwaltung die Dienstleistung für die Straßenbahnen von Privatfirmen anfertigen lasse, obwohl die Straßenbahn ihre eigene Schneidwerkstätte habe.

berichtet aus dem letzten Jahre rund 5000 Mark, die Zuschüsse aus der Stadtkasse betragen sich auf 10000 Mark.

Auch das Heim für Gebrechliche kann sich weder aus eignen noch aus Mitgliederbeiträgen halten.

Die unabhängige Rednerin forderte weiter, daß der Rat für den Fortgang der Speisung der Schulkinder Sorge trage.

Mit dem Abschluß dieses Kontos war auch die Arbeitsfähigkeit des Kollegiums wieder erschöpft.

Das städtische Wohnungsbauprogramm vom Jahre 1921/22.

Der Rat beantragte: Zuführung der neuen für Baukostenzuschüsse auszubringenden Kapitalien, und zwar Landes- und Gemeindefonds, also insgesamt 44 Millionen Mark.

Wir schritten an roten Häusern vorbei, davor Zäune aus Drahtgeflecht.

Endlich standen wir vor einem ebensolchen Haus. Station 4 stand auf einer weißen Tafel. Der eine der Wärter sperrte auf.

Wie folgt berechnet worden: 170 Prozent des vorläufigen Mindestanteils...

Die Besitzenden und bürgerlichen Parteien haben die Not, Sorgen...

Die richtige Antwort am Sonntag Wählt die Liste der USF...

Schlesien. Am Freitag der Stadtkommission Schlesien gegen die Thüringer Gasgesellschaft...

Sächsischer Landtag.

Es werden drei das Gerichtswesen betreffende Anträge...

Abg. Müller-Leipzig (K. Soz.): Eine politische Amnestie...

Die Anträge auf Entlassung sämtlicher Beamten und Angestellten...

Die angekündigte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung...

Das Meißner Porzellanfeld.

Wie wir bereits meldeten, verliert das Meißner Porzellanfeld...

Dresden. Zum Konkurs des Dresdner Turfzentrums teilt der Konkursverwalter mit...

Chemnitz. Der Kassierer eines größeren Textilunternehmens...

Plauen. Wegen Verleumdung des hiesigen Fabrikanten Theodor Keller...

Erfwerda. In einem Hotel in Erfwerda ereignete sich ein Unfallsdrama...

Freiberg. Die Freiburger staatliche Bergschule, die nur in ganz losem Zusammenhang mit der Bergakademie steht...

Aus der Umgebung.

Tauscha. Mit farbigen Flugblättern und seltenen großen Aufschriften...

Wählt die Liste der USF!

ma Tauscha. Gemeinderatsitzung. Den Erwerbslosen wird die laufende Unterstützung um 33 1/3 Prozent erhöht...

Tauscha. Morgen Freitag, den 9. Dezember, findet eine öffentliche Einwohnerversammlung...

Großschöcher-Windorf. Wir werden um Aufnahme folgender Zeiten gebeten...

Engelsdorf. Der Bildungsausschuss des Ortsvereins der USPD...

Delschau. Sonntag, den 11. Dezember, findet hier von mittags 12 bis abends 6 Uhr die Gemeinderatswahl statt...

- Sportartikel. Bezirks-Turner-Vereinigung...
- Sächsische Spielvereinigung...
- Arbeiter-Schwimm-Berein Leipzig E. V. Gruppe Süd u. West...
- Fußball-Abtlg. Turnerbund Stötteritz...
- Marktrandrät. Freie Turnerschaft E. V. ...
- Fußballstube, Fuhr-, Schlaar-, Faustbälle, Herfert Sport-Wagner, Berliner Str. 15

- Gruppe C. 1. Uhr Wenzel I - Dienstag I...
- Gruppe D. 2. Uhr Jakob-Gebäude I - Wednesday I...
- Gruppe E. 1. Uhr Wenzel I - Thursday I...
- Gruppe F. 1. Uhr Wenzel I - Friday I...

- Gruppe G. 1. Uhr Wenzel I - Saturday I...
- Gruppe H. 1. Uhr Wenzel I - Sunday I...
- Gruppe I. 1. Uhr Wenzel I - Monday I...

Gewerkschaftsbewegung.

Beginnende Einsicht oder — geänderte Taktik?

In Borna fand im 1. Dezember eine gemeinsame Betriebsrätekonferenz der Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und der Union statt. Um zu beweisen, daß die Kommunisten die Gewerkschaftsbewegung fördern wollten, hatten sie als Referenten einen Leipziger Kommunisten bestellt, der aber verhindert war (er mußte „plötzlich“ aus Leipzig abreisen) und an seiner Stelle sprach Wegmann vom Ruhr-Echo über Gewerkschaften und Union.

In der Hauptsache beschäftigte sich W. mit den Bergarbeiterführern. Dabei entschlüpfte ihm das Wort: „Die Gründung der Union aus persönlicher Verärgerung ist ein schwerer historischer Fehler.“ Das sei äußerlich schon an dem Verschwinden jeder Opposition bei den Tagungen des Bergarbeiterverbandes in Gelsen und Magdeburg ersichtlich. Die besten Leute seien aus der Organisation heraus und könnten auch in der Union nicht mehr leisten, als früher im Verband. Die Taktik müsse geändert werden. Wenn die Führer versprächen, revolutionär wirken zu wollen, dann sei bald über die Wiedervereinigung zu reden. Als Vorbereitung empfahl Wegmann der Union, dieselben Beiträge zu erheben wie der Bergarbeiterverband. Er habe lange genug im Ruhrgebiet gewirkt und besitze daher auch genügend Erfahrung zur Beurteilung der Lage des Bergbaues. Er müsse aber auch den deutschen Arbeitern sagen, daß sie teilweise noch nicht recht fähig seien, ihre historische Aufgabe zu begreifen.

In ähnlichem Sinne sprach ein Unionist Schmidt. Grünbauer, Lokalbeamter der Unionisten, führte aus: „Es war ein schwerer Fehler, daß wir auseinander gingen. Seit der Trennung hat sich die Gesamtlage der Arbeiter nicht gebessert. Unsere Erwartungen, Besseres leisten zu können, haben sich nicht erfüllt, weil viele Kameraden nur der niedrigen Beiträge halber zur Union gekommen sind.“

Eine Reihe anderer Redner hielten eine Wiedervereinigung im Bergarbeiterverband für das einzig Mögliche.

Kollege Heße vom Deutschen Bergarbeiterverband wies dann nach, daß nicht die Massen die Führer, sondern die Führer die Massen von der Richtigkeit und dem Erfolg ihrer Arbeit überzeugt hätten, woraus sich auch die sachlichen Debatten auf den Kongressen erklärten. An ein gemeinsames Tagen der Betriebsräte aber sei einzuweisen aus organisatorischen Gründen nicht zu denken. Gemeinsame Tagungen seien nur mäßig mit Organisationen, die dem DGB, und der Ufa angegeschlossen sind. Gemeindefaktische Tagungen aber zum Tummelplatz weitestgehend zu machen, sei weder Zeit noch Reizung vorhanden.

Das letztere geplant war, zeigte ganz klar das Schlüsselwort Wenmanns, das eine Schimäre sei auf die Gewerkschaftler, auf Grünauer, Heße, Hebert und die Ufa-Führer war. Auf einen Punkt erklärte Wegmann wörtlich: „Nur die Taktik der Gewerkschaftsführer zwingt uns, zu den verrücktesten Mitteln zu greifen, um zu retten, was möglich ist.“

Eine Wiedervereinigung der getrennten Organisationen liegt ohne jede Frage im Interesse der Kameraden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Absonderlichkeiten der Mehrheitsentscheidungen der Generalkonferenzen scharf, wenn sie ehrlich gewollt sind, ohne äußere Einflüsse nicht gegen den Verband, sondern für ihn zu arbeiten. Was nützen alle die Worte von der Einheitsfront, wenn die Sozialdemokratie nur in anderer Form fortgesetzt werden soll? Wer gewillt ist, als aufrichter Kämpfer für die Arbeiterklasse zu wirken, der ist jederzeit in den freien Gewerkschaften willkommen. Es bietet sich auch für jeden innerhalb der Gewerkschaften Gelegenheit genug, Kritik zu üben, wo es notwendig erscheint, und Maßnahmen zu ergreifen, wie es besser gemacht werden kann. Wer aber nur deshalb in die Gewerkschaften kommen will, um hier auf Befehl einer Parteiführung für deren Interessen wirken zu können, der tut besser, er bleibt ihr solange fern, bis er zu der Einsicht gekommen ist, daß die erste Voraussetzung gewerkschaftlicher Arbeit die Geschlossenheit und Disziplin ist.

Hilfe für die Hungernden Russlands — trotz alledem.

Die dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) angeschlossenen Gewerkschaften haben auf Beschluß einer in Gené abgehaltenen Vorstandssitzung eine allgemeine Sammlung für die

Hungernden Russlands eingeleitet, die, wie die von uns veröffentlichte Aufstellung zeigt, bereits große Erfolge zu verzeichnen hat.

In der Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in der der Beschluß gefaßt wurde, schloß es nicht an Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die Gewerkschaften von den Kommunisten auf Befehl der Bolschewistenführer systematisch bekämpft werden, und daß die Kommunisten in den verschiedensten Ländern zum Teil ganz erhebliche Mittel beziehen von den Reichshäusern des jenseitigen Russlands, für dessen notleidende Bevölkerung die organisierte Arbeiterklasse Sammlungen veranstalten und veranstalten soll.

Von dem zu diesem Thema in der Vorstandssitzung zutage gebrachten reichhaltigen Material sei nur das folgende hier wiedergegeben:

Der Veröffentlichung eines nochmaligen Aufrufs war zunächst von dem Vertreter der Schweiz widersprochen worden mit der Begründung, daß die Schweiz selbst in ungeheurer Weise unter Arbeitslosigkeit leide, daß infolgedessen die Massen der Gewerkschaften geleert seien und obendrein die Massen Millionen nach dem Auslande schicken, um die Gewerkschaften zu bekämpfen.

Der Vorsitzende des I.G.B., Thomas (England) erwiderte darauf, daselbe wie für die Schweiz trifft für alle Länder zu. In England z. B. war jede Union verpflichtet, die Bergarbeiter drei Monate lang zu unterstützen, und die Arbeitslosigkeit ist auch in England sehr groß. Aber Russlands befindet sich in außergewöhnlicher Lage, und die Menschlichkeit erfordert es, zu helfen und zu sammeln.

Technische Berichte über die Tätigkeit der Kommunisten gegen die Gewerkschaften waren bei Beratung anderer Punkte bereits von den Vertretern Spaniens, Frankreichs und der Tschechoslowakei gegeben worden. Die von wahrer Menschlichkeit getragenen Ausführungen des Vertreters von Italien, D'Aragnone, lauteten etwa folgendermaßen:

„Ich stimme dem Vorsitzenden zu. In Italien haben wir wohl die größte Arbeitslosigkeit, etwa 1/2 Millionen Arbeitslose, weil unsere Leute nicht auswandern können. Trotzdem müssen wir die Sammlungen fortsetzen. Wir haben in Italien drei kommunistische Tageszeitungen, etwa 60 wöchentlich erscheinende Zeitungen und rund 100 russische Agenten, welche alle von russischem Gelde erhalten und gegen die Gewerkschaften losgelassen werden; trotzdem halten wir uns verpflichtet, die Sammlungen zugunsten Russlands fortzusetzen, weil es sich in einer solch außerordentlich traurigen Lage befindet, die nur derjenige einermessen beurteilen kann, der, wie ich, die Hungerbilder an der Wolga selbst gesehen hat.“

Die deutschen Gewerkschaftler haben sich ebenfalls von den Kommunisten nicht abhalten lassen, für ihre unter dem Hunger und unter der bolschewistischen Diktatur gleichermassen leidenden russischen Klassenbrüder Opfer zu bringen, trotzdem auch sie von den deutschen Freunden der russischen Machtthaber bekämpft und hegeiserzt werden. Auch die Leipziger Arbeiterklasse hat ihre Solidarität bewiesen.

Doch mit den bereits gebrachten Opfern ist es noch nicht genug. Das Elend in Russland nimmt immer größere Ausdehnung an, Deshalb ergeht aufs neue der Ruf: „Sammelt für Russland!“

Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung.

Mit dem 31. Dezember 1921 läuft die Frist zur Nachzahlung freiwilliger Beiträge für die Jahre 1914 bis 1920 ab. Versicherte, deren Anwartschaft in diesen Jahren nicht aufrechterhalten ist, müssen also, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, die schuldenden freiwilligen Beiträge bis zum Schluß dieses Jahres einzahlen. Dazu sind die bei der Post erhältlichsten roten Zahlkarten zu benutzen, auf denen Vor- und Zuname, Geburtsort und -ort sowie das Jahr, für das die Beiträge gelten sollen, anzugeben sind. Zur Erhaltung der Anwartschaft müssen in jedem Jahre mindestens acht Kalendermonate mit Pflicht- oder freiwilligen Beiträgen oder mit sogenanntem „Erfahrungsgeld“ (z. B. Krankheit, Militärdienst) belegt sein.

Ferner können Angestellte bis zum 31. Dezember 1921 Pflichtbeiträge, deren Entrichtung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde unterbleiben, aber zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig ist, sämtlich oder teilweise nachträglich oder die Stundung bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beantragen.

Die neuen Löhne der Zimmerer.

Der Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Leipzig, nahm am 2. Dezember 1921 in einer gut besuchten Mitgliederversammlung Stellung zum Ergebnis der Lohnverhandlungen vom 23. November in Dresden. Gegen eine starke Minderheit wurde die vereinbarte Lohnerhöhung angenommen.

Danach wird ab 2. Dezember bis 15. Dezember auf alle jetzt geltenden Tariflöse ein Zuschlag von 2 Mark gewährt, ab 16. Dezember 1921 ein weiterer Zuschlag von 70 Pfg. Werden infolge wesentlicher Veränderungen in den Kosten der Lebenshaltung neue Verhandlungen beantragt, so soll dem stattgegeben werden. Im andern Fall kommt der § 5 Abs. 4 des R.-L.-B. in Frage.

Der Stundenlohn beträgt für Leipzig im Lohnbezirk I: für Zimmerer vom 2. Dezember vom 16. Dezember

Lohnbezirk II 12.30 Mt. 13.— Mt.
Lohnbezirk III 12.15 „ 12.85 „
„ 11.70 „ 12.40 „

Das Wegegeld wird ab 2. Dezember 1921 (über 5 Kilometer) auf 3.60 Mark und für jeden weiteren Kilometer 30 Pfg. mehr festgesetzt.

Das Werkzeuggeld beträgt ab 2. Dezember pro Tag 80 Pfg., pro Woche 4.80 Mark.

Die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten bei längerer Dauer wie 4 Wochen beträgt ab 2. Dezember:

für Ledige 22.— Mt., für Verheiratete 27.— Mt., bei kürzerer Dauer für Ledige 25.— Mt., für Verheiratete 30.— Mt.

Die Lehrlingslöhne erhöhen sich wie folgt: Im ersten Lohnbezirk Groß-Leipzig und Taucha-Stadt während der vierwöchigen Probezeit vom 2. Dezember 1.65 Mt., vom 16. Dezember 1.75 Mt. vom 2. Dezember vom 16. Dezember

Im 1. Lehrhalbjahr 1.80 Mt. 1.90 Mt.
„ 2. „ 2.10 „ 2.25 „
„ 3. „ 2.55 „ 2.70 „
„ 4. „ 3.15 „ 3.40 „
„ 5. „ 4.— „ 4.30 „
„ 6. „ 5.— „ 5.30 „

Als Kandidaten zum 22. Verbandstag wurden folgende Kameraden aufgestellt: Kroneberg, August, Dösch, Adolf, Franz, Die Wahl findet in der nächsten Mitgliederversammlung statt.

Kamerad Dösch referierte dann über die Abführung des Streikfonds im Januar 1922 und erörterte die notwendige Erhöhung des Mitgliedsbeitrages. Als Grundlage soll ein Stundenlohn dienen. Der nächsten Mitgliederversammlung soll ein diesbezüglicher Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Diese muß der Wichtigkeit halber gut besucht werden.

Zentralverband der Zimmerer.

Streik bei der Berliner Hochbahn? Die Betriebsräte und Funktionäre der Angestellten der Berliner Hochbahngesellschaft haben beschlossen, am Freitag in den Streik zu treten, falls die Direktion der Gesellschaft es ablehnen sollte, weitere über den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruch hinausgehende Zugeständnisse zu machen. Gefordert wird eine Zulage von 2.50 Mark pro Stunde, während der Schiedsspruch nur eine Erhöhung um 2.70 resp. 2.80 Mark vorsieht.

Berufungskalender.

Donnerstag, den 8. Dezember:
USP, Gutjahr, Gelsenkirchen 1/8 Uhr.
Buchbinder, Briefumschlagbranche, Drei Mohren 5 Uhr.
Transportarbeiter, Pantheon 7 Uhr.
Ver. f. naturgem. Gesundheitsföhr., V. II Schule Täubchenweg 2 1/2 Uhr.
Volksspielbund, Weltendhallen 1/8 Uhr.
Turnerbund Liebertwoltz, Vereinslokal 8 Uhr.
Freitag, den 9. Dezember:
USP, Liebertwoltz, Schwarzes Koh 8 Uhr.
USP, Riederich, Neuer Markt 8 Uhr.
USP, Wahren, Birkenhölchen 1/8 Uhr.
Int. Bund der Arbeiter, Volksbau 7 Uhr.
Zeitungsträgerinnen, Volksbau 8 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Großer Weihnachtsverkauf zu enorm billigen Preisen.

Wintermäntel aus guten, gepolsterten Diagonalfstoffen	145	195	350	495	
Wintermäntel aus warmen, molligen Hausstoffen, moderne elegante Formen	550	650	750	995	
Astrachan-, Plüsch-, Veloursmäntel, gute Qualitäten, letzte Neuheiten	1200	1500	1950	2400	
Jackenkleider in einfacher und eleganter Ausführung, aus gezeimten und reitwollenen Stoffen	350	595	995	1500	
Strickjacken aus Seide, Wolle, Strickstoff, richtige Längen, alle Farben, für den Winterport	295	395	495	695	
Regenmäntel aus Gobelcoat, Gabardine, Seide, vorzüglich bewährte Qualitäten	195	295	495	650	
Kleider für Straße und Gesellschaft, aus Seide, Wolle, Samt. Große Auswahl in Tanzkleidern	295	395	495	690	
Röcke aus Seide, Samt, Cheviot, Tuch, Gabardine, moderne Formen	55	95	120	195	250
Blusen, ganz aparte neue Formen aus Seide, Wolle, Samt und Schleierstoff	39	85	195	295	
Morgenröcke, MatineeS aus Siderbaunen, Wachs- und Schleierstoff, in schönen Formen	95	135	395	595	

Mädchen-Kleidung
Knaben-Kleidung
Pelzbefetzte Mäntel, Pelz-Paletots, Pelz-Muffen, Stolas und Hüte



Größtes Spezialhaus für Damen-, Bäckisch- u. Kindergarderobe i. G.
Sonntag, den 11. und 18. Dezember, von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Soeben in unserem Verlage erschienen:

DER ROBINSON DER ROBINSONS

VON PAUL MICHAELIS

Eine humoristisch-sozialistische Erzählung für die Arbeiter- und Fortbildungsschuljugend
Preis gebunden 4 Mark
48 Seiten Text

Leipziger Buchdruckerei A.G.
Tauchaer Strasse 19/21. — Abteil. Buchhandlung.
Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Wir empfehlen als günstige Kaufgelegenheit solange der Vorrat reicht:

Diederich, Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. (Friedensmäßig gebunden) 30.— Mt.
Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel, Deyner (1944 Seiten stark). Ganslein. Friedensausgabe. 15.— Mt.
Etappe Gent. Wie wieder Krieg. Streiflichter zum Zulamenbruch. brosch 8.— Mt., gebd. 12.— Mt.
Krause, Wilhelm, Die Alten des Vogelklangs gebd. 10.— Mt.
— Alte Rester gebd. 10.— Mt.
— Die Leute aus dem Walde gebd. 10.— Mt.
— Der Schütterdum gebd. 10.— Mt.
— Abu Telfan gebd. 10.— Mt.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung / Tauchaer Str. 19-21

Patentanwaltbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Der erste Reichskongress der Betriebsräte der Metallindustrie.

Hierauf referierte Genosse Engelbert Graf-Stuttgart über: Bildung der Betriebsräte.

In der Vorkriegszeit beschäftigte sich die Arbeiterbildung vorwiegend mit Problemen rückwärtiger Art. Jetzt aber gilt es, Bildung und Kenntnisse für unmittelbar zu verwirklichende Aufgaben zu vermitteln.

Die Bildung der Arbeiterschaft ist noch mangelhaft und systemlos. Die Arbeiterbildungsarbeit ist eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat.

In diesem Augenblick wird die fürchterliche Explosionskatastrophe im Saargebiet, die 100 braven Klassenkämpfer das Leben gekostet hat, bekannt.

Seal (fortfahrend): Die Durchschnittsarbeiter sind vom Klassenstand nur mangelhaft gebildet worden. Die Arbeiter haben nicht einmal richtig lesen gelernt.

Die Betriebsräte müssen eine Erweiterung ihres Bildungshorizonts erfahren, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge begreifen zu können.

Die Grundpfeiler der Arbeiterbildung sind Wirtschaftslehre, Gesellschaftslehre, Betriebslehre, Arbeiterrechtslehre und die Lehre von der sozialen Hygiene.

Es sind nicht Spezialisten heranzubilden, sondern alle Arbeiter müssen erzogen werden zu systematischer und konsequenter Selbstarbeit.

Die Arbeiterbildung ist nicht dazu da, parteipolitische Differenzen auszutragen. Der Lehrer muß die Freiheit haben, Kritik nach allen Seiten zu üben.

Die Zukunft der Arbeiterbildung ruht in der Jugend. Auf die Volksschule muß deshalb die Arbeiterschaft größeren Einfluss ausüben.

Die Ausbildung der Führer und der Funktionäre der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen muß mit besonderer Betonung der einzelnen Gebiete erfolgen.

An zwei Stellen ist die Bildungsarbeit vor allem nötig: Die Betriebsräte, weil sie neu in die Bewegung gekommen sind.

Es herrscht eine große Buntheit in der Arbeiterbildungsarbeit. Die Bildungsarbeit des Metallarbeiterverbands muß den Augenblick als Notstandsarbeit betrachtet werden.

Selbst kurze Kurse haben bei einem Einspielen zwischen Lehrenden und Lernenden einen großen Wert.

Als dies ist nicht das Ideal der Bildung. Eine Teilung wird notwendig werden. Auch das Bilden im Umherziehen muß abgelehnt werden.

Anfangskurse müssen sich auf höchstens drei Wochen beschränken, weil die Unternehmer kaum längeren Urlaub gewähren können.

Ein wichtiges Problem ist die Finanzierung des Bildungswesens. Würde jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter eine Markt-Bildungssteuer zahlen, so hätten wir 8 Millionen Mark zur Verfügung.

Auffklärung ist Revolutionierung, und die Revolution fängt in den Köpfen an. Deshalb brauchen wir die Arbeiterbildung.

Dritter Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

Als der Vorsitzende Reichel die Sitzung eröffnet, steht ein heftiger Sturm auf den Vorstandssitz seitens jener Delegierten ein, die in der Diskussion zu Worte kommen wollten.

Eine Entschlieung aus Oberschlesien, die sich gegen nationalistische Verhörungen wendet, findet ihre Erledigung durch die Erklärung des Vorsitzenden, daß die Arbeiter ganz allgemein Gegner des Nationalismus sind.

Seng-Gieschen: Der Gedanke des Bildungsfonds ist ein guter. Er erleichtert die geistige Einstellung des Arbeiters.

Stein-Wien: In unserem öffentlichen Leben gibt es keine andere derartig lebendige Energie wie die Gewerkschaftsbewegung. In Österreich ist die Einrichtung des Rätewesens geradezu greifbar.

Schön-Friedrich-Lange hat für die Arbeiter das Recht in Anspruch genommen, bei der Produktion mitzubestimmen.

Heße-Berlin hätte gewünscht, daß auch die Vertreter der Angestellten der Metallindustrie zu dem Kongress herangezogen werden würden.

Sittiger-Ludwigshafen a. Rh.: Der von der Arbeiterschaft zu Beginn der Revolution gemachte Fehler war, daß sie sich in Lohnkämpfen erschöpfte und das große Ziel vom Auge verlor.

Prolet-Berlin: Die Schulung der Betriebsräte muß zentral erfolgen. Betriebsrätekongresse sollten sich nicht auf Berufsgruppen beschränken.

Paratenango-Essen: Weder Dikmann noch sonst jemand hat uns gesagt, mit welchen Mitteln gekämpft werden soll.

Albrecht-Berlin: Das Material, das hier auf dem Kongress behandelt wurde, wäre besser und wirtschaftlicher in den Betrieben behandelt worden.

Graf (Schlußwort): Eine Reihe von Kurzen ist nicht planmäßig genug eingerichtet worden. In verschiedenen Orten wurden Kurse über Hypothek und Suggestion arrangiert.

Dikmann: Wenn von kommunistischer Seite die Schlussfolgerung gezogen worden ist, nach der Auffassung des Referenten werde die Verwertung der Verhältnisse noch lange auf sich warten lassen.

Unter großer Aufmerksamkeit gibt der Referent einen Aufriß der Liga zum Schutz gegen die Uebergriffe der Betriebsräte bekannt.

Im Kampfe gegen die Betriebsräte stehen die Unternehmer leider geschlossener als die Arbeiterklasse.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gefordert eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte durch:

- 1. Gewährung des Rechtes auf Einsicht in sämtliche Rechnungsunterlagen, Korrespondenzen, Ein- und Verkaufsvorträge und sonstige Dokumente des Unternehmens.
2. Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses gegenüber dem Betriebsrat.
3. Gewährung des Kontrollrechtes über die Kalkulationen unter Vereinstellung aller hierfür nötigen Unterlagen und Auskünfte.
4. Gewährung des Rechtes der Zuziehung und Befragung von Beamten und deren Pflicht zur Aussage.
5. Des Kontrollrechtes über die in- und ausländischen Devisenaufgaben.
6. Des Kontrollrechtes über die Steuererklärungen und Leistungen der Unternehmungen.
7. Des Einspruchsrechtes gegen die unzureichende Betriebsleistung.
8. Des Rechtes zur Feststellung und Erfahrungsaustausches der Produktionsmethoden im Industriezweig zwecks allmählicher allgemeiner Einführung der rationellsten und modernsten Einrichtungen.

Außerdem wird der Ausbau des wirtschaftlichen Betriebsräte-systems verlangt und ausgesprochen daß die Betriebsräte nur im engsten Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen und im harten Kampfe der gesamten Hand- und Kopf-arbeiter wirken können.

Angenommen wurde ein Antrag, der für die Betriebsräte das Bestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen fordert. Ein Antrag über Ausschreibung einer Bildungssteuer wurde dem Vorstand und Beirat überwiesen.

Damit sind die Verhandlungen des Reichsbetriebsrätegesetzes beendet und der Vorsitzende schließt die Tagung mit einer kurzen Würdigung der geleisteten Arbeiten.

Tagung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Bulab) im Gau Sachsen.

In Dresden tagte am 3. und 4. Dezember 1921 der sächsische Gau des Bulab. Nach Begrüßungen durch den Gauleiter Loops vom Zentralverband der Angestellten und des Hauptvorstandsmitglied Schlieberer-Berlin gab Gauleiter Geisler-Dresden den Geschäftsbericht.

Die Mitgliederzahl des Gaus ist zwar im Berichtsjahr von 5500 auf 8100 zurückgegangen, doch sind diese Rückgänge auf Streichungen säumiger Beitragszahler zurückzuführen.

Am zweiten Verhandlungstag sprach zunächst der Geschäftsführer Lustig-Berlin über grundsätzliche Fragen zur Bundesverfassung.

Das Ergebnis der Aussprache war, daß die Anpassung der Beiträge an die Geldentwertung für sehr notwendig anerkannt, daß weiter die Beibehaltung eines Vorstandes aus ehrenamtlichen und besoldeten Vorstandsmitgliedern mit Stimmberechtigung auch für die besoldeten Vorstandsmitglieder als richtig bezeichnet.

Hierauf erstattete Gauvorsstandsmitglied Lochnert-Dresden den Bericht über die Entwicklung der Ortsvereinigungen, wobei er hervorheben konnte, daß die Zahl der Ortsvereinigungen im Berichtsjahr von 54 auf 74 gestiegen ist.

Es folgten dann die Wahlen für den Gauvorstand und die Beratung der Anträge, die öffentliches Interesse nicht haben.

Auch von dieser Tagung des Bulab kann gesagt werden, daß sie ein weiteres brauchbares Stück Arbeit für die freigewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterbewegung geleistet hat.

Das Reichsarbeitsministerium legte dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, nach dem auch Frauen zu Beisitzern der Gewerbe- sowohl wie der Kaufmannsgerichte berufen werden sollen.

Im weiteren soll nach dem vorliegenden Entwurf der schmachvolle Zustand aus der Welt geschaffen werden, daß heute noch fast die Hälfte der Kaufmanns- und Gewerbegerichte Vertreter der Arbeiterorganisationen als Prozeßbevollmächtigte nicht zulassen, weil diese, z. B. die Arbeiterretreäre, Gewerkschafts-angestellte usw., angeblich „das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben“.

Neben diesen Änderungen wurde auch eine Erhöhung der Gebühren vorgenommen. Bei Gegenständen im Werte bis 20 Mark soll eine Gebühr von 1.50 Mark, bei Gegenständen im Werte von 20 bis 50 Mark eine solche von 2.50 Mark bei Klagesachen im Werte von 50 bis 100 Mark eine Gebühr von 5 Mark erhoben werden.

Da durch die Geldentwertung der Nominallohn beträchtlich gestiegen ist und dadurch die Gebührenhöhe in der Praxis eine ganz bedeutende Erhöhung aufweisen wird, wird noch ernstlich nachzuprüfen sein, ob einer solchen Erhöhung zugestimmt werden kann.

Das durch die Geldentwertung der Nominallohn beträchtlich gestiegen ist und dadurch die Gebührenhöhe in der Praxis eine ganz bedeutende Erhöhung aufweisen wird, wird noch ernstlich nachzuprüfen sein, ob einer solchen Erhöhung zugestimmt werden kann.

Frauen als Beisitzer bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Das Reichsarbeitsministerium legte dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, nach dem auch Frauen zu Beisitzern der Gewerbe- sowohl wie der Kaufmannsgerichte berufen werden sollen.

Es ist zwar auch ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der den Frauen gemäß der Weimarer Verfassung endlich den Weg zum Schöffen- und Geschworenennamensfrei machen soll.

Im weiteren soll nach dem vorliegenden Entwurf der schmachvolle Zustand aus der Welt geschaffen werden, daß heute noch fast die Hälfte der Kaufmanns- und Gewerbegerichte Vertreter der Arbeiterorganisationen als Prozeßbevollmächtigte nicht zulassen, weil diese, z. B. die Arbeiterretreäre, Gewerkschafts-angestellte usw., angeblich „das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben“.

Der Gesetzentwurf will auch die ständigen Vertreter der Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ohne weiteres zugelassen wissen.

Neben diesen Änderungen wurde auch eine Erhöhung der Gebühren vorgenommen. Bei Gegenständen im Werte bis 20 Mark soll eine Gebühr von 1.50 Mark, bei Gegenständen im Werte von 20 bis 50 Mark eine solche von 2.50 Mark bei Klagesachen im Werte von 50 bis 100 Mark eine Gebühr von 5 Mark erhoben werden.

Da durch die Geldentwertung der Nominallohn beträchtlich gestiegen ist und dadurch die Gebührenhöhe in der Praxis eine ganz bedeutende Erhöhung aufweisen wird, wird noch ernstlich nachzuprüfen sein, ob einer solchen Erhöhung zugestimmt werden kann.

Diese Maßnahme ist um so notwendiger, als trotz der Steigerung des Nominallohnes der Reallohn einen gewaltigen Sturz erlitten hat.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Die Reparationskrise.

Die Vorgänge, die sich seit einer Woche, von England ihren Ausgangspunkt nehmend, abspielen, müssen zunächst unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß sie eine glänzende Rechtfertigung der Politik darstellen, die in den Maitagen in Deutschland den Sieg davongetragen hat. Während bis dahin reaktionäre Regierungen am Ruder gewesen waren, die durch passive Resistenz gegenüber allen aus dem Friedensvertrag folgenden Forderungen der Entente der militärisch-imperialistischen Politik Frankreichs Vorhieb leisteten und Konflikt auf Konflikt mit der Entente provozierten, die schließlich Deutschlands Existenz als einheitlicher, selbständiger Staat in Frage stellten, brachte die Schicksalsfrage des Londoner Ultimatus die Mehrheit des deutschen Volkes wieder zur Besinnung und eine Regierung ans Ruder, die den entgegengesetzten Weg einschlug: so lange die Forderungen der Entente zu erfüllen, bis gerade durch diese Erfüllung sich die Unmöglichkeit und Unerfüllbarkeit speziell der finanziellen Ententeforderungen herausstellte. Dieser Augenblick ist nun herangebrochen und, wie wir gesehen müssen, schneller, als man damals im Mai hoffen durfte und berechnen konnte, schneller auch, als der englische Nationalökonom Keynes, der bisher den Propheten in der Wüste gespielt hatte, in seinen letzten Ausführungen annahm, die die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands für Mitte des nächsten Jahres voraussetzte.

Die Reparationskrise ist ausgebrochen, und zwar, wie es nicht anders zu erwarten war, in dem Lande, das die abstragiblen Wirkungen der Reparationen auf die ganze Weltwirtschaft am unmittelbarsten und härtesten zu spüren bekommt, in England. Und es erfordert die historische Wahrheit festzustellen — und diese Feststellung muß zur Klärung der innerpolitischen Situation in Deutschland aufs vernehmlichste gemacht und verbreitet werden —, daß nicht Stinnes und auch nicht Rathenau, wie anfangs angenommen werden mußte und wie heute noch in den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung geglaubt wird, am Ausbruch der Reparationskrise irgendein Verdienst tragen, sondern daß das Zusammenreffen der Anwesenheit dieser beiden Industriemagnaten in London und des Ausbruchs der Reparationskrise ein mehr zufälliges als ursächliches ist. Daß Stinnes trotz seines wie gewöhnlich großzügigen und kapitalkonzentrationslüsternen Programms in London nichts ausgerichtet hat, geht schon daraus hervor, daß er sein arrogantes Schweigen auch jetzt noch nicht gebrochen hat, da die Reparationskrise bereits akut geworden ist und die Heilmittel jeder jeden Sinn verloren hat. Andererseits aber steht einwandfrei fest, daß die entscheidende Sitzung des englischen Kabinetts in der das erstmal über die Frage des Moratoriums beraten wurde und von der an der Ausbruch der Reparationskrise zu datieren ist, einen Tag vor der Ankunft Rathenaus in London stattgefunden hat, und es ist ebenso sicher, daß auch die Mission Rathenaus wie die Stinnes in dem Sinne gescheitert ist, daß an eine Kreditaktion der Londoner City nicht zu denken ist.

Es war eben der Besuch Stinnes' und Rathenaus nicht notwendig, um die national-ökonomisch geschulten Männer der Wirtschaft und Politik in England zu der nicht sehr tief unter der Oberfläche liegenden Erkenntnis zu bringen, daß erstens die deutsche Regierung unmöglich imstande sein kann, jährlich mehr als drei Goldmilliarden für Reparationszwecke aufzubringen, solange sie ihre bisherige kläpplige und jämmerliche Finanz- und Steuerpolitik fortsetzt, und daß zweitens aus der deutschen Volkswirtschaft unmöglich die drei Goldmilliarden herausgepreßt werden können, solange die Warenausfuhr, aus der, wie jeder national-ökonomisch Gebildete weiß, letzten Endes die Reparationen gezahlt werden müssen, nicht einmal genügt, um die Wareneinfuhr zu zahlen. Denn auch die Engländer können aus der

deutschen Handelsstatistik ersehen, daß infolge der Entwertung der deutschen Mark wohl die Papierbeträge der Ausfuhr aus Deutschland in den letzten Monaten ununterbrochen gestiegen sind (von 8212 Millionen Mark im Juli auf 6883 Millionen Mark im August und 7519 Millionen Mark im September, daß aber die Einfuhrbeträge noch viel schneller gestiegen sind (von 7580 Millionen Mark im Juli auf 9418 im August und 10 668 im September) — und das, obwohl in diesen Monaten der Ausverkauf Deutschlands schon eingeleitet hat. Lieft man aber erst die oben veröffentlichten Außenhandelsziffern für den Monat Oktober, in dem der Zusammenbruch der deutschen Wäluuta und der Ausverkauf schon riesenhafte Fortschritte gemacht hat, so erkennt man erst, wie volkswirtschaftlich unbedeutend die Vorteile eines Valutarkurses für den Außenhandel sind; denn es stand in diesem Monat einer Einfuhr von 13,9 Milliarden Mark eine Ausfuhr im Werte von nur 9,7 Milliarden Mark gegenüber. Dieses überraschende Ergebnis eines Monatsausverkaufs wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß jeder Sturz der Wäluuta sich wohl sofort in einer entsprechenden Verteuerung und daher Wertsteigerung der Einfuhr geltend macht, daß aber die Ausfuhrpreise dank der volkswirtschaftlich verbrecherischen Schleuderausfuhrpolitik unserer Unternehmer sich erst sehr langsam und unvollständig der neuen Wäluutalage anpassen.

Die Politik der englischen Regierung und City mußte aber aus diesen beiden Tatsachen, dem Zusammenbruch der deutschen Finanzpolitik und des deutschen Außenhandels die Konsequenzen ziehen, und sie hat sie gezogen. Natürlich in dem Sinne, daß der Reparationsplan abgeändert

werden muß, und zwar so, daß der deutschen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft der Aufstieg ermöglicht oder — abgezwungen wird. Bis zur Stunde freilich, da diese Zeilen geschrieben werden, haben die Beratungen in London noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Aber es ist nicht mehr, und zweifellos von der entscheidenden Sitzung des englischen Kabinetts an, der Grundgedanke, der strikt ist, daß nämlich eine zunächst vielleicht nur vorläufige Aenderung des Reparationsplanes eintreten muß, sondern nur mehr die Modalitäten der Ausführung.

Die Frage, die anscheinend noch strittig ist und die auch durch die energische Mahnung der Reparationskommission an Deutschland, die Vorarbeiten für die Bezahlung der Januar-

und Februarfälligkeiten in die Hand zu nehmen, nicht im negativen Sinne entschieden ist, ist die, ob sofort eine Aenderung des Reparationsplanes eintreten soll oder ob, mehr aus politischen als aus finanziellen Gründen, mehr um die „Gefühle“ Frankreichs nicht zu verletzen, als wegen eines sehr zweifelhaften finanziellen Vorteiles, die Januar- und Februar-Raten noch in ihrer vollen Höhe eingetrieben werden sollen. Während aber die englische Regierung diese Frage noch berät, hat die Londoner City schon entschieden: Es steht heute zweifellos fest, daß die grundlegendste Voraussetzung für die Bezahlung der Januar- und Februar-Rate, die Gewährung eines ausländischen, d. h. wie heute die Dinge liegen, vor allem eines englischen Kredites an die deutsche Regierung oder Industrie, nicht erfüllt werden wird. Die Londoner City hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran denkt, die Kosten für eine französischenfreundliche Politik zu bezahlen, daß sie nicht gewillt ist, in den Topf ohne Boden, wie Wirth in seiner letzten Rede die Reparationen genannt hat, ihr Geld hineinzustecken.

Es kann daher auch von der andern, der ausländischen Seite her, der Gedanke der Kreditaktion, mit dem die deutsche Industrie, um der Erfassung der Sachwerte zu entgehen, so lange Zeit ihr freiwirtschaftliches Spiel getrieben hat, als gescheitert angesehen werden, und die Frage, die heute allein auf der Tagesordnung steht, ist die, wie der ursprüngliche Reparationsplan geändert werden kann und muß. Eines muß aber betont werden: Es ist von deutscher Seite bisher auf die Frage, ob ein

Zahlungsausschub (Moratorium)

für die Reparationszahlungen gewährt werden wird und auf wie lange und unter welchen Bedingungen, viel zu großes Gewicht gelegt und darüber vergessen worden, daß diese Frage nicht die Hauptfrage ist, sondern nur eine der möglichen Teillösungen des Hauptproblems, das von England aufgeworfen worden ist, des Problems, wie man Deutschland insstand setzen oder eventuell dazu zwingen kann, seine Finanzen einzufrieren und seine Produktion andererseits so in die Höhe zu bringen, daß es überhaupt in irgendeiner Form Reparationszahlungen leisten kann. Das ist die Frage, die in England im Vordergrund steht. Und das Echo, das die Vorgänge in London in der französischen Presse gefunden haben, und insbesondere die Bedingungen, die der regierungsoffizielle Temps für die Bewilligung eines Moratoriums aufgestellt hat, deuten darauf hin, daß man sich auch in Frankreich, trotz aller nationalen Hysterie, der Bedeutung und Berechtigung dieses Problems bewußt geworden ist und endlich vom unfruchtbar und kindischen Schicksalsstandpunkt abkommen zu wollen scheint. Diese, allerdings mehr aus dem Zwange der Umstände resultierende, als aus dem Innern kommende Wandlung zu betonen, scheint uns viel wichtiger, als uns über die Härte der Bedingungen, die die Franzosen gestellt wissen wollen, aufzutönen.

Ob aber diese Bedingungen oder andre das Ergebnis der neuen Reparationsberatungen sein werden, eines steht schon jetzt fest, da es aus dem Wesen der jetzigen Reparationskrise folgt: In der zu erwartenden Aenderung des Reparationsplans werden die Hauptrollen Bestimmungen spielen, die auf die deutsche Regierung einen mehr oder minder schweren Druck ausüben, damit sie endlich einmal ihre Finanzen in Ordnung bringe, d. h. eine Steuerpolitik betreibt, die die sieberhafte Taktik der Rotenpresse mehr und mehr überflüssig machen und die Reparationszahlungen durch eine gesteigerte Produktion ermöglichen wird. Wie sich dieser Druck äußern wird, ob die Militären wirklich den Mut aufbringen und das schwere und wirtschaftlich widersinnige Wagnis unternehmen werden, den modernen, hochkapitalistischen Großstaat Deutschland zum Rang der von den Kapitalisten Europas nach Osten herabgedrückten und es unter die vollständigste Finanzkontrolle der Entente zu stellen, oder ob andre, mildere und wirtschaftlich eher zu rechtfertigende und erfolgversprechendere Maßnahmen ergriffen werden, das ist heute noch nicht abzusehen. Nur das eine kann gesagt werden, daß die deutsche Regierung durch ihre erbärmliche und vollständig unverständliche Schwäche ihrer Steuerpolitik den Vertretern einer finanzimperialistischen Politik gegenüber Deutschland die Argumente geradezu in die Hände geworfen hat.

Revor wir aber auf diesen Punkt eingehen, wollen wir kurz die Wirkungen besprechen, die die Vorgänge in London auf die Wirtschaftslage gehabt. Sie sind zu einem großen Teil bekannt — auffallend und heftig waren sie ja genug, wenn auch nur ziemlich oberflächlich. Sie bestanden in der Hauptsache in einer jähen und heftigen

Reaktion auf dem Wäluuta- und Wertpapiermarkt,

die nur dann verständlich werden kann, wenn man sich darüber klar ist, daß die himmelstürmende Bewegung der Wäluuta und Wertpapiere in den letzten Wochen der tatsächlichen inneren Verschlechterung des Geldwertes — durch die fortschreitende Inflation — und der äußeren — durch die Verschlechterung der Zahlungsbilanz Deutschlands außer der Inflation — in der spekulativen Erwartung eines weiteren Zusammenbruchs des Geldwertes und der Zahlungsbilanz durch die nächsten Reparationszahlungen weit voraussetzte. Daß aber in dem Augenblick, wo die Spekulation auf die Wirkung der nächsten Reparationszahlungen wandelte, weil England die Frage einer Aenderung des Reparationsplans anschnitt, auch das auf dem Grund der Spekulation errichtete Gebäude der Wäluuta- und Wertpapierkurse ins Wanken geriet, war weiter nicht verwunderlich. Eher, daß die Reaktion auf der Börse verhältnismäßig — d. h. im Verhältnis zu den phantastischen Kursteigerungen der letzten Wochen — so mäßig und unsicher war. Die Bewegung der Wäluutakurse, der die Bewegung der Wertpapiere, natürlich im entsprechenden Abstand, ziemlich parallel ausging, zeigt dies aufs deutlichste. Auf die ersten Nachrichten aus London über die neuen Reparationsberatungen sank der Dollar zwar jäh von seinem bis dahin innegehaltenen Kurs von 275 auf 245, 205 und schließlich 183 Mark, „erholte“ sich aber sofort wieder auf 205, stieg, seither ununterbrochen weiter und hält heute ein Niveau von 220 bis 230 Mark. Die Spannung

wischen 275, dem Durchschnittsniveau vor den Londoner Reparationen, und 220 bis 230 erscheint um so geringfügiger, wenn man sich vor Augen hält, daß sie noch nicht einmal genügt, um den Dollar auf jenen Stand herunterzubringen, den er vor etwa einem Monat noch innegehabt hat. Denn am 1. November stand er noch auf 181, am 3. auf 205 und erst vom 4. November an auf 240 und darüber.

Noch geringfügiger als die Kursschwübe auf der Börse aber sind die Preisrückgänge auf dem Warenmarkt. Von einem Aufbau des in den letzten Wochen sprunghaft weiter gediehenen Preisgebäudes ist, von einzelnen verschwindenden Ausnahmen abgesehen, noch keine Rede, ja im Gegenteil, in den lebenswichtigsten Waren haben die entscheidenden

Preisprünge nach aufwärts

erst jetzt einzusetzen begonnen. So ist am 1. d. M. die mehr als 50prozentige Erhöhung der Kohlepreise eingetreten, der im schnellen Abstand eine ebenso empfindliche Verteuerung des Rohweizens — Gesamter Sprung von 2700 auf 3891 M. per Tonne, Getreide-Rohweizens von 2200 bzw. 2124 auf 3326 bzw. 3250 M. und in ähnlichem Ausmaße die andern Eisenqualitäten — und des Zements — von 291—334 auf 491—534 Mark per Tonne — folgte. Damit aber auch die Landwirtschaft im nächsten Jahre einen Vorwand zu weiteren Preissteigerungen finde, wurden die Preise für Stroh und Heu ebenfalls um durchschnittlich ein Drittel heraufgesetzt. Alle diese Preissteigerungen werden sich zweifellos in der kürzesten Zeit auf das empfindlichste fühlbar machen, ob sich aber die Wäluutabesserung in der Preisgestaltung irgendwie fühlbar machen wird, ist mehr als fraglich. Denn abgesehen davon, daß die Lage auf dem Wäluutmarkt ganz unsicher und unberechenbar geworden ist, daß nicht nur die Wäluutspkulanten wie aufgeschreckte Vögel ängstlich und ratlos hin- und herflattern, sondern auch auf dem Warenmarkt Käufer wie Verkäufer eine abwartende Haltung einnehmen, weil man doch nicht wissen kann, ob und wie, abgesehen davon ist zu berücksichtigen, daß die Preisfrage auf dem Warenmarkt sich der jähren Aufwärtsbewegung der fremden Zahlungsmittel in den letzten Wochen nicht im entferntesten anpassen vermochte, daß daher mit dem Fortschreiten der Entwertung unserer Wäluuta trotz des jähren Aufstiegs der Inlandspreise die Spannung zwischen Weltmarkt und Inlandspreisen mehr und mehr wuchs, so daß der verhältnismäßig geringfügige Rückgang auf dem Devisenmarkt gar keinen Einfluß auf den Warenmarkt ausübt, sondern zunächst nur bewirkt hat, daß die Spannung zwischen Weltmarkt- und Inlandspreisen sich verringerte — nicht ausreichte der deutschen Verbraucher, sondern im Gegenteil auf Kosten der deutschen Arbeiter, die, je geringer diese Spannung wird, sich um so mehr der Gefahr eines neuerlichen Anstiegs der Arbeitslosenlöhne aussetzen müssen. Doch ist, wie gesagt — und dafür ist auch die Unsicherheit und Menschlichkeit der Spekulation ein Beweis — heute noch nicht zu übersehen, wie sich die Lage auf dem Waren- und Arbeitsmarkt in der nächsten Zukunft gestalten wird, da die Weiterentwicklung der Reparationskrise heute noch im ungemessenen Meer.

Soviel kann aber schon gesagt werden: Die deutsche Regierung und das hinter ihr stehende Bürgertum zeigt sich der ungeheuren Aufgaben, die jetzt an sie herangetreten sind, wie gewöhnlich noch immer nicht gewachsen. Die Entscheidung, die seit dem Abschluß des Waffenstillstands regelmäßig beobachtet werden konnte, wiederholt sich auch diesmal: Wie immer beantragt sich auch diesmal die deutsche Regierung wieder, statt selbst zu handeln, die Initiative in die Hand zu nehmen und mit konkreten Vorschlägen, wie sie sich die Lösung der schwierigen Probleme denkt, hervorzutreten, damit die Hände mäßig in den Schatz legen und die Dinge an sich herankommen zu lassen. Es zeigt von einem beschämenden Zustand der politischen Einsicht, von einem völligen Mißverstehen der Situation, wenn sich die Regierung, wie auch aus der letzten Rede Wirths herauszulesen ist, auf den Standpunkt stellt: Jetzt liegt die Entscheidung nicht bei uns, sondern bei den ausländischen Geldgebern. In Wirklichkeit hat niemals die Entscheidung so sehr bei Deutschland gelegen, wie diesmal. Denn die Hauptfrage, die es jetzt zu entscheiden gilt, ist nicht, wie die Regierung gemeinsam mit den Bierbankpolitikern anzunehmen scheint, ob ein ausländischer Kredit oder ein Moratorium zustande kommt, sondern welche Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen sich als notwendig herausstellen werden. Diese Frage aber ist in dem Augenblick entschieden — und nur eine solche Entscheidung könnte Deutschland's Finanzautonomie und damit den Bestand Deutschlands als selbständigen Staat überhaupt retten —, wenn es der deutschen Regierung gelingt, den hartnäckigen Widerstand des Großkapitals gegen eine auch noch so unzulängliche Sanierung der Finanzen zu brechen.

Was sehen wir aber statt dessen? Der Zusammenbruch der deutschen Finanzpolitik schreitet mit ungehörter Geschwindigkeit fort. Die Finanzpolitik der Regierung ist auf eine

vermeintliche Banknotendrucker

horabgefallen. Der Papiergeldumlauf ist im Laufe eines Monats um 0,5 Milliarden Mark gestiegen, d. h. täglich um 300 Millionen Mark! In der letzten Novemberwoche allein wurden nicht weniger als 4732 Millionen Mark neue Papierfellen in die verfallende Wirtschaft hineingepreßt. Aber die Parlamentsberatungen über die

neuen Steuern,

die schon vor mehr als einem halben Jahr von der Regierung angekündigt worden waren, schleppen sich noch immer so träge hin, daß das Wort Sabotage noch zu milde scheint. Doch was noch schwerer wiegt: die wenigen Befähigten, zu denen die Regierung den Mut aufgebracht hat und die nicht im entferntesten genügen, um auch nur den inneren Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, werden von den bürokratischen Parteien, gleichgültig ob sie der Regierung angehören oder in Opposition zu ihr stehen, in ihrer Einmächtigkeit planmäßig so verschleiert, daß sich schon jetzt der kläglichste und beschämendste Mißerfolg dieser ganzen Steuerkomödie voraussehen läßt. Man braucht nur die Beratungen in den Steueraussschüssen aufmerksam zu verfolgen und darauf zu achten wie von jedem einzelnen Punkt der Reformvorschlagen Abstriche, Ermäßigungen und Gewässerungen vorgenommen werden, ohne daß die in den Sitzungen anwesenden Regierungvertreter den ernsthaften Versuch machen, dieser Steuer-sabotage entgegenzutreten, um sich ein Bild davon machen zu können, wie das „deutlich sichtbar Opfer des Volkes“ ausbleiben wird, das Wirth wieder einmal in tönenenden Worten angekündigt hat. Daß aber, wenn die deutsche Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien so jämmerlich verfallen und auch die Arbeiterklasse die Kraft und Geschlossenheit nicht findet, um dieser unmöglichen Komödie ein Ende zu machen und die Reform des deutschen Steuerwesens, die Entente mit ihrer harten Faust auf den Tisch schlagen und noch Mitteln und Wegen suchen wird, um sich mit mehr oder weniger sanften Bremsen zu helfen, was das deutsche Bürgertum ihr verweigert, daran ist nach allem, was von drüben in den letzten Tagen herübergedrungen ist, nicht zu zweifeln. Noch weniger aber kann daran gezweifelt werden, daß „wer das Rad schließlich ausreißt“ nicht die deutsche Bourgeoisie sein wird, sondern die deutsche Arbeiterklasse.

Knorr Hafermehl

hat reichen Gehalt an Eiweiß und wohlschmeckend
blutbildenden Nährsalzen und ist und nahrhaft

USPD. Groß-Leipzig

Entricht. Heute Donnerstag, den 8. Dezember, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Hotelstädten. Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage. Referent: Genosse Saube. 2. Stellungnahme zum Parteitag und zur Reichsfrauentagkonferenz. 3. Stellungnahme zur außerordentlichen Generalversammlung (Wahl des Vorstehenden, Beitragserhöhung, Anträge). 4. Vereinsangelegenheiten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand!

Liebertwolkwitz. Freitag, den 9. Dezember, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Galkhof zum schwarzen Hof. Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Dr. Rippenberger. 2. Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Wahren. Freitag, den 9. Dezember, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Birkenhölchen (bei Lehnwiese). Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wuttke über: Die Vertikalisierung der Eisenbahn. 2. Diskussion hierzu. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wiederitzsch. Freitag, den 9. Dezember, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Neuen Galkhof (Bornitzsch). Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die politische Lage. Ref.: Gen. Frenzel, Leipzig. 2. Partei- und Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet D. V.

Billige

Herren-Garderobe

Großer Gelegenheitskauf für Herren, Jünglinge und Knaben. Teilweise weit unter heutigem Preis! Habe einen großen Restposten neu

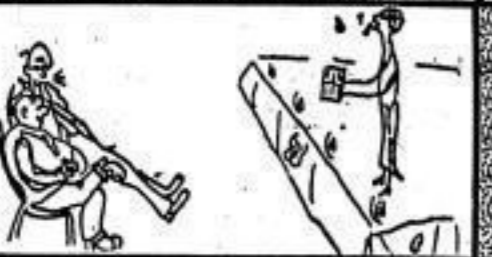
Schlüpfer / Ulster / Paletots / Anzüge
Cutaways / Hosen / Winter-Joppen
aufgekauft und verkauft diese einzeln
auffallend billig.

Konfirmanden-Anzüge

Bitte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!

J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et. Kein Laden..

Seit 41 Jahren bestehend.
Bis Weihnachten Sonntags geöffnet!



„München-Gladbach“
„Wie meine Manchester-Hose
von Fritzsche!“

Zigaretten

Gold-, Kork- und ohne Mundstück, sortiert
Mk. 230 per 1000

goldgelber Tabak liefert prompt

Glaser Neumarkt 12 u. Katharinenstr. 17

Geners

Tel. 61501 und 61407

Billige Lebensmittel

1a Schweinefleisch	20,80
Tafelmargarine	30,00 29,80
Schinken	29,00 28,00
Schwarzküchling und Schinkenpied	29,00 28,00
Echt bayr. Schmelzmargarine	30,00
Leberwurst, 2-Pfd.-Dose	15,00

Reis	4,80 4,70	Griech	2,90 2,80
Gravten	4,90 4,80	Gerstenkaffee	5,20 5,10
Pinien	5,50 5,40	Nudeln	7,90 7,80
Erdbeeren, gelb	3,90 3,80	Madonnenbrot	8,50 8,40
Erdbeeren, grün	4,50 4,40	Waffaroni	12,00 11,80
Wb. Bohnen	4,50 4,40	Korinthen	17,00 16,50
Hafersoden	4,20 4,10	Rohrweizen	28,00 27,00
Freiheitskornpott	4,00 3,50	Tafelöl	26,00
Eiergrauen	7,90 7,50	Runkelrüben	5,50

Sellerhausen, Bülowstraße 41.
Reudnitz, Kapellenstraße 10.
Großschöcher, Hauptstraße 82.

1a Weizenmehl, Auszug-Qual., Pfd 5,00
bei 10 Pfd 4,90

Feinste Tafel-Margarine Pfd. 28,00

1a weisse Nudeln Pfd. 7,80

Feinster Kognak-V. 1/2 Liter-Flasche 39,00

Feinster Schlummerpunsch 42,00

Alle Backwaren
zu außerordentlich billigen Tagespreisen
empfehlen

Naumann, Pfaffenstraße 38
Telephon 16 535. Ecke Dorfstraße.

Billige Lebensmittel

Margarine Pfd 26⁰⁰

Weizenmehl Pfd 5⁰⁰ bei 10 Pfd. 4⁰⁰

Korinthen Pfd 20⁰⁰

Sultaninen Pfd 30⁰⁰

Mandelerjaß Pfd 24⁰⁰

Kokosnuß gerastelt. . . Pfd 24⁰⁰

Würstchen Wien. Art. Dose ca. 12 St. 8⁵⁰

Leberwurst 2-Pfund-Dose 11⁰⁰

Risotto (Reis m. Tomat.) 2-Pfund-Dose 4⁴⁰

Kakao garantiert rein . . . Pfd 28⁰⁰

Salz 5 Pfd 1⁴⁰

Warenhaus Gebrüder



Sehenswerte
Spielwaren-Ausstellung
im 3. Stock.

Maschinisten und Heizer

(Zentralverband).

Sonntag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr:

Mitgliederversammlung

im Gartensaal des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. Besprechung der vom Vorstandsvorstand befugten Beschlüsse. 2. Gewerkschaftliches. Der Wichtigkeit halber ist das Erscheinen aller notwendig. Die Ortsverwaltung.

Friedrich Weber

Berliner Straße 11

Schuhlager u. Schuhreparatur-
Werkstatt.

Hierdurch gebe ich Ihnen Gelegenheit, nur bis zum 15. Dezember dieses Jahres von meinem günstigen Angebot Gebrauch zu machen.

Ein Posten Kinderstiefel, braun
und schwarz zum Einkaufspreis.

Filzpantoffel für Herren, Damen und Kinder in
Wusch und Cord. Holzpantoffel in allen Größen.
Herrensohlen und Absatz in Lederbeziehung 65.-
Damensohlen " " " " 50.-
Bürchensohlen " " " " 55.-
Kindersohlen " " " " 45.-

Zigaretten
Gold- und ohne Mundstück 15 Pfennige
noch zum alten Preise von an.
Zigaretten-Spezialhaus, Blücherstr. 11



zum
Verkauf meiner Juwelen,
 Brillanten, Gold-Platin-
und Silbergegenstände,
In der Juwelen-
und Goldwarenfabrik
G.JENTZSCH Nachf.,
Katharinenstr. 2, Reichstr. 19
Tel. 16048

Zum Baden!

Schmelzmargarine 30,00
1a bayrische Margarine 36,00
Cocosfett (L. Kuntz) 30,00
1a amerit. Schmalz 34,00
Runkelrüben 5,50
Speisequart, Magermilch bei
A. Straßner, Johannsplatz 13,
Mollerstr.: Jangenberg's Gut.

Dr. Oetker's
Puddingpulver
in
feinster
Friedensqualität
ist wieder überall zu
haben. Man achte darauf,
man die echten Fabrikate mit der
Schutzmarke „Oetker's Hellkopf“ erhält.



In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Fabriklager Zeißighaus Neumarkt 18
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

Familien-Nachrichten

Am 8. Dezember, früh 1/3 Uhr, verschied nach
langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater u. Großvater, der Ortskrankenschreiber
Richard Otto Beyer
L. Schleußig, Blücherstr. 20, III., 7. Dez. 1921.
In tiefster Trauer
Rosa Beyer geb. Häßler
im Namen der Hinterbliebenen.
Trauerfeier und Einäscherung Freitag, vorm.
10 Uhr, im Krematorium. — Blumenpenden werden
auf Wunsch des Verstorbenen dankend abgelehnt.

Am 6. Dezember verstarb unser langjähriges
Mitglied, der Krankenschreiber-Beamte
Richard Otto Beyer
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder des
Zentralverbandes der Angestellten.

Nach kurzem aber schwerem Leiden verschied am
Mittwoch früh meine innigstgeliebte Frau, unsere
gute Mutter, Tochter und Schwiegertochter, Frau
Klara Martha Scheib geb. Dietrich
In tiefem Schmerz gibt hiervon Kenntnis
L. Rodau, Rodauer Str. 109, vt.
Johann Scheib
ausgleich im Namen aller Hinterbliebenen.
Trauerfeier mit nach. Einäscherung Sonnabend,
nachm. 1/3 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofes.

Nach arbeitsreichem Leben verschied Dienstag
mittags 12 Uhr plötzlich und unerwartet unsere treu-
sorgende Mutter, Schwieger-, Groß- u. Urgroßmutter
Wilhelmine Schunke
im Alter von 82 Jahren 5 Mon. In tiefem Schmerz
L. Lindenau, den 7. Dezember 1921
Familie Otto Schunke
im Namen aller Geschwister.
Beerdigung Sonnabend 2 Uhr Kap. Linden, Friedhof.

Auf Wunsch unserer lieben Verstorbenen geben
wir erst heute, nach in aller Stille erfolgter Einäsche-
rung, bekannt, daß nach langem mit großer Geduld
ertragenem Leiden am Sonntagm., dem 4. Dez., im
Alter von 56 Jahren, meine liebe unvergessliche Frau,
unsere gute treusorgende Mutter, Schwester, Schwieger-
und Großmutter, Tante und Schwägerin, Frau
Clara Wilke geb. Dockhorn
verstorben ist. Dies zehrt tiefbetäubt an
L. Schleußig, Jahnstr. 33, den 8. Dez. 1921
Robert Wilke
im Namen aller Hinterbliebenen.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzulehnen.

Für die so unendlich wohlthuenden Beweise herz-
licher Anteilnahme beim Hinscheiden meiner lieben
unvergesslichen teuren Lebensgefährtin, unserer
lieben guten Mutter, Tochter, Schwiegertochter,
Schwägerin und Tante
Emma Müller geb. Bestel
sagen wir allen Freunden und Bekannten für die
reichlich zugehenden Spenden unseren herzlichsten
Dank. Zunächst Dank auch meinem lieben Freund
Genossen Th. Meyer, für die inhaltsvollen Worte
an der Bahre unserer teuren Entschlafenen.
Leipzig-Neudorf, Dörflerstr. 53.
A. Müller
im Namen aller Hinterbliebenen.

Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben Mutter,
Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Marie Edler geb. Winkler
sprechen wir allen für die Liebe und Teilnahme,
welche uns entgegengebracht wurde, unsern herz-
lichsten Dank aus. Besonderen Dank den Beamten,
Arbeitern und Arbeiterinnen des Telegraphen-
amts Leipzig.
Otto und Paul als Kinder
im Namen aller Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme
bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen
sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern
herzlichsten Dank.
Leipzig-Stötteritz, den 7. 12. 21.
Bruno Larisch und Kinder.

Ab heute Donnerstag

Welt-Theater
Barfüssergasse am Markt

Welt-Theater
Barfüssergasse am Markt

Hanni Weisse die rassige und temperamentvolle

und Ihr **Partner**

der grosse Filmschauspieler

Bernhard Götzke

Gesellschafts- und

„Anita-Jo“

Sitten-Grossfilm

Ein Problem von Hass und Liebe

Die Liebestragödie einer Künstlerin

5 Akte

Die schwerste Anklage des Staatsanwaltes Holmos:
Der Fall seiner Freundin

5 Akte

Das tragische Schicksal zweier Menschenkinder, die sich wie zwei lodernde Flammen einander nähern, um dann in der Nacht eines dunklen Verhängnisses zu verlöschen.

Hauptpersonen: Assessor Holmos, Seine Mutter, Seine Schwester, **Bernhard Götzke**, Elso Wagner, Charlotte Ander, **Anita-Jo**, eine Kokotte, **Hanni Weisse**, Lola, eine Scharfschützin, Ein exzentrischer Tänzer, Pipo, ein Clown, **Lydia Podotzka**, **Charles Willy Kaiser**, **Otto Troplow** (Hauptpersonen)

Spannend steigend dramatisches Spiel! — Erstklassige Schauspieler! — Hervorragende Photographien! — Bewundernswerte Reize! — Grossartiger Sensationserfolg!

Welt-Theater
Barfüssergasse am Markt

Ausserdem **Das Geheimnis der Spielbank von Monte Carlo** Ausserdem

Nach dem gleichnamigen Roman von **Dr. Georg Fröschl**, ein sehr interessantes Kriminal-Abenteuer aus raffinierten Spielerkreisen in 5 Akten mit erstklassiger Besetzung Wiener Schauspieler.

Beginn: Wochentags 4, Sonntags 3 Uhr

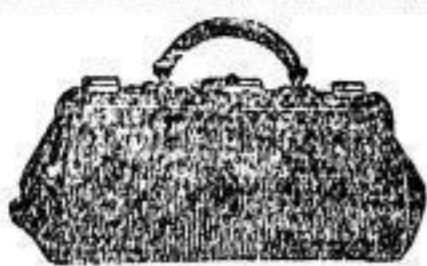
Welt-Theater
Barfüssergasse am Markt



Würstchen nach Wiener Art	Dose 12 Stück Inhalt	8.50
Reis mit Tomaten	1-Kilo-Dose	4.40
Rindfleisch	1-Pfund-Dose	9.50
Lammfleisch	1-Pfund-Dose	7.90
Mehl 70% Ausmahlung, 10 Pfund	49.00	Pfund 5.00
Sulfaninen	Pfund	30.00
Große Rosinen	Pfund	22.00
Korinthen	Pfund	20.00
Süßer Mandel-Ersatz	Pfund	24.00
Geraspelte Kokosnuß	Pfund	24.00
Gebrannte Gerste	Pfund	4.30
Burna Malzkaffee	1-Pfund-Paket	5.40
Jungborn Kornkaffee	1-Pfund-Paket	5.50
Kaffee-Ersatz	Pfund	1.90
Salz	10 Pfund	2.75 , Pfund 30
Weinbrand Verschnitt	Prima Qualität 38,40 %	1/2-Liter-Flasche 41.50
Jamaika-Rum Verschnitt	38,40 %	1/2-Liter-Flasche 48.00

Papierwaren

Krepp-Servietten weiß gezeichnet	100 Stück	9.50
Briefpapier Packung 10 Bogen, 10 Umschläge		1.80
Briefpapier elfenbeinfarb Packung 20 Bogen und 20 Umschläge, farbig		4.00
Klosettpapier glatt, Rollo	2.50	1.25
Krepp-Klosettpapier	Rolle	3.00
Schrankpapier weiß od. bl. Rolle		3.50



Koffer - Reisetaschen

Beste Qualitätsarbeit
Direkter Verkauf ab Fabrik!
Eigene Fabrikation und Reparaturwerkstatt
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16...

Kognak-Rum-Arrak Liköre

Kognak-Verschnitt Liter **58.-**, Flasche **42.-**
Kognak-Weinbrand Liter **64.-**, Flasche **48.-**
Jamaika-Rum-Verschn. Liter **68.-**, Fl. **54.-**
Franz. Natur-Rotwein vom Fass 1910 Belles Cotes
Liter **25.20** mit Steuer
sowie grosse Auswahl feiner Liköre, Rot- und Südwine empfiehlt
A. Kriegel Ncht., L.-Li., Merseburger Strasse 70.

Bankleon
Dresdner Str. 20 Fernsp. 15937
Freitag u. Sonntag **Großer Elite-Ball**

PH
Elegantest Wein- und Bierhaus
Tanz-Palast Sächsischer Hof
Leipzig-Schönefeld, Straßenbahn 17
Jeden Freitag **Elite-Tanz-Abend**
und Sonntag
Orchester: Reinh. Neumann, 23 Kellern, persönl. Leitung
Fernruf 61356

Sind's die Haare — geh zu Heilemann
Züpte, Haartelle usw. Gegen Haarausfall, noch zu alten Preisen. Schuppen, bittnen Daar-teln, alt. Art a. ein. Daar. wuchs ist 1000fach anert.
Frauenhaar-Einkauf Heilemanns Haarbalsam zu allerhöchsten Preisen. Preis 0.50 M.
Haar-Heilemann, Bayr. Platz, Ecke Nürn. Str.

Homöopathie
Ich habe in Leipzig, Kronprinzstraße 57, l., meine homöopathische Praxis aufgenommen. Keine Kassen-, nur Privatbehandlung, aber für Werkstätte und Beamte ganz niedriges Honorar. Sprechzeit 9-11 vorm. 4-7 nachm. Für gute und gewissenhafte Behandlung bürgt der glänzende Ruf und die großen Erfolge meiner alten Praxis.
Hungers homöop. Heil- und Massage-Institut.

Leipziger Bücher-Ramich-Salle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Ibringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendbüchlein.
Grosse Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. 1. Verkauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Grüne Schänke L.-Ange
Morgen Freitag: **Elite-Ball**

Döllitz
Gasthof zum Reiter in Döllitz
Morgen **Großer Damenball**
Freitag **mit Doppel-Schlachtfest**
Abwechslend angelegten: Herren und Damen. Feenhafte Belichtung. Fanfaren-Musik. Tanz frei. Tanz frei.
Es ladet erbeubst ein **Max Krüger und Frau.**

Gasthof Stünz
Strassenbahn-Linie 3 und 8.
Morgen **Grosser Elite-Ball**
1/7 Uhr: **Der Sensations-Ball.**
Eintritt: Herren 3 Mk., Damen 2 Mk. Tanz frei

Tanz-Palast
„Goldner Helm“
L.-Eutritzsch Inh.: Max Sonntag Straßb. 1
Jed. Freitag und Sonntag **Der Sensations-Ball.**
Original-Jazz-Band. Vorstärktes Orchester.



Krystallpalast
Ab Donnerstag, den 8. Dezember:
Harry Piel = Der König = der Sensationen
in
7 Der Fürst der Berge 7
Akte
Besondere Bewunderung werden noch die Aufnahmen aus **Spanien, Portugal, Holland, Nordafrika und dem Mitteländischen Meere** erregen. Die Ausreise erfolgte auf dem eigens für diese Expedition gecharterten Dampfer Lena der Deutschen Seefilm-Dienst-Ges. Hamburg. Da der Film mit größter Spannung erwartet wird und mit einem großen Interessentenkreise zu rechnen ist, so wird er zu gleicher Zeit in zwei führenden Lichtspiel-Theatern zur Vorführung gebracht.

Außerdem:
2 Der urkomische Charlie Chaplin in
Akte **Charlie läuft Rollschuh.** 2 Akte

Das Theater ist gut geholt
Beginn wochentags 1/5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.